

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 11

Duisburg, den 12. März 1927

28. Jahrgang

Eisenindustrielle Preispolitik und Rationalisierung

Es ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen des deutschen Wirtschaftslebens, daß der Endeffekt der Rationalisierung, nämlich eine Senkung der Preise, nicht eingetreten ist. Zwar sind die Selbstkosten erheblich herabgedrückt, aber der Gewinn wurde einseitig zur Besserung der Kapitalrente benutzt. Der allgemeine Markt hat wenig von dem Erfolg der Rationalisierung zu spüren bekommen. Im Gegenteil, die Preise haben, bei dauerndem Druck auf den Lohn immer mehr angezogen. Wir haben einen anerkannten Wirtschaftspolitiker gebeten, über diese Frage sich einmal grundsätzlich zu äußern. Im folgenden und in einem später zu veröffentlichenden Artikel hat er unserm Ersuchen entsprochen. Unsere Kollegen finden darin allerhand gut verwendbares Material. Die Red.

Rationalisierung bezweckt Steigerung der Rentabilität: ihr Endergebnis ist also, volkswirtschaftlich gesehen, gesteigerte Produktivität, privatwirtschaftlich erhöhte Rentabilität. Der „rational“ begonnene Aufbau des neuen deutschen Wirtschaftskörpers auf dem Boden der vertikalen Zusammensetzung wurde mit der Übersteigerung solcher Zusammenschlüsse „irrational“. Auch hier fand eine Inflation statt, der deflationistische Wirkungen folgen mußten. Der naturgemäße Rückschlag wurde aber aufgehalten, indem man auch ihn mit einer Neuformung des Konzentrationsgedankens rational zu gestalten suchte und als Hilfsmittel gegen die Zersplitterung in geschwächte Einzelbetriebe, die vorwiegend horizontale Zusammensetzung erwählte. Zugleich mit dieser Rationalisierung des äußeren Aufbaus vollzog sich die des inneren Betriebes auf rein technischem Gebiet.

Dieser Prozeß ist in Deutschland schon sehr weit fortgeschritten und wird teilweise bereits als starker Vorsprung gegenüber den westeuropäischen Industrien gewertet. Die Entwicklung aber wurde beschleunigt durch den Streik der englischen Bergarbeiter, der lange genug dauerte, um mit größeren Gewinnen weitere Mittel zur Rationalisierung zu gewähren. Diese besondere, dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung vorausgehende Konjunktur hat den Grad der Rationalisierung der betreffenden Industriezweige erhöht, es aber auch ermöglicht, nicht rationalisierte, verhältnismäßig unlohnende Betriebe mitzuschleppen und diesen unter ungünstigeren Voraussetzungen arbeitenden Betrieben, die vielleicht bisher nicht gegebene Rationalisierungsmöglichkeit nach der geldlichen Seite hin zu schaffen. So wurde der Rationalisierungsprozeß durch die Sonderkonjunktur erleichtert, den davon begünstigten Industriegruppen ein Vorsprung gegenüber den übrigen Industrien gewährt, vor allem aber die Stellung der Großindustrie den Mittelbetrieben gegenüber auf Grund der — durch die bereits fortgeschrittene Rationalisierung — vergrößerten Gewinnmöglichkeiten gefestigt. Diese Sonderkonjunktur führte durch Tieferlegen der unteren Grenze, lohnend arbeiten zu können, Differenzgewinne zu, die im gleichen Verhältnis zur fortgeschrittenen Rationalisierung sich steigerten und damit neuen Antriebe zur Verbreiterung und Intensivierung der Rationalisierung überhaupt gaben.

Volkswirtschaftlich rechtfertigt sich jedoch die Rationalisierung nicht, wenn sie mit privatwirtschaftlicher Ertragsfähigkeit sich erschöpft, ohne die gesteigerte Produktivität dem Wirtschaftsganzen zugutekommen zu lassen. Steigende Produktivität aber wirkt sich marktmäßig in sinkenden Preisen aus. Es ist also die Frage berechtigt, inwieweit die — ihren Erfolgen nach — von Industrieführern anerkannte, in der Entwicklung der Produktion sich auswirkende und in den Abschlüssen deutlich werdende Rationalisierung sich in den Preisen bemerkbar macht. Ganz besonderes Interesse kommt dabei natürlich der Großindustrie und ihrer Preispolitik zu, wie sie sich vor allem bei der Eisen schaffenden Industrie offenbart. Die Entwicklung der Preise für Eisen- und Walzwerkserzeugnisse zeigt nun folgendes Bild:

Von den Werkpreisen für Verbandsware stellen sich die für Roheisen ab 1. 1. 1927 wie folgt: Hämatiteisen bei Frachtgrundlage Karlsruhe steht mit 97 M je Tonne um eine Mark höher gegenüber dem Preis von September 1925, auf Frachtgrundlage Hamburg-Bremen mit 93,50 M aber um 3,50 und ab Stettin Freibeitz mit 96,50 M um 3,50 M höher. Der Preis für Gießereiroheisen I zeigt eine Erhöhung um 2—3 M, und zwar bei Frachtgrundlage Ludwigshafen-Mannheim mit 83 Mark (+ 2 M), Karlsruhe 89 M (+ 3 M), während bei Frachtgrundlage Hamburg und Stettin mit 98 bzw. 91 M Abschlüsse von je 2 M deutlich werden. Gießereiroheisen III zeigt bei Frachtgrundlage Ludwigshafen und Karlsruhe mit 86 bzw. 87 M je Tonne dieselben Erhöhungen um 2 bzw. 3 M gegenüber den Septemberpreisen von 1925.

Für Stabeisen bei Frachtgrundlage Türkismühle-Neunkirchen stieg der Verbandspreis von Ende Mai 1926 mit 130,25 Mark bis zum 26. November 1926 auf 133,25 M; für Formeisen der Verbandspreis innerhalb derselben Zeit von 127,10 M auf 130,10 M, der Effektivpreis von 119 M auf 130,10 M.

Die Veränderungen für Grobbleche ab Essen ergeben eine Senkung der Verbandspreise um 0,35 M auf 152,65 Mark. Die Erhöhung der Verbandspreise für Frachtgrundlage Neunkirchen am 26. November 1926 durch den Stahlwerksverband um 3 M je Tonne trifft alle Gebiete, außer dem Gebiet nordwestlich der Linie Neuwied—Hannover—Hamburg, das mit Frachtgrundlage Oberhausen beliefert wird. Von diesem Gebiet hat Rheinland-Westfalen infolge seiner geringen Frachten einen Stabeisenpreis von 145 M je Tonne, der Rest 139,70 M je Tonne. Die Verlegung der Frachtgrundlage von Türkismühle nach Neunkirchen (35 Klm. südlich Türkismühle) wirkt preis erhöhend um 0,50—0,75 M je Tonne mehr Fracht im Gebiet nördlich der Linie Mannheim—Regensburg; dagegen preisermäßigend um etwa 0,50—0,75 M je Tonne weniger Fracht im Gebiet südlich der Linie Mannheim—Regensburg.

Für Rohren ist eine Preiserhöhung um 1,5—5 Prozent für das ganze Reichsgebiet, aber nicht für das Ausland eingetreten; für Flanschen eine Preiserhöhung von 15 Prozent und

mehr für alle Absatzgebiete, für Fittings eine solche von 15—40 Prozent, für Bandeisen eine Preiserhöhung von 140 auf 147,50 Mark (Frachtgrundlage Homburg-Saar).

Weiße Bleche zeigten eine Steigerung seit September 1926 um 10—12 Prozent für das ganze Reichsgebiet, Transformatorbleche seit 26. November eine solche von 15 M für das ganze Reichsgebiet.

Walzeisendraht in Thomasgüte erhöhte sich seit April 1925 bis heute von 137,50 M auf 139,50 M, während verzinkter Rundeisendraht seit April 1925 von 230 auf 235 M anstieg, in der Zwischenzeit aber ohne Verbandspreise auf 190 bis 195 M sich gesenkt hatte.

Der Abschluß des Drahtseilverbandes im November 1926 brachte für Drahtseile eine Preiserhöhung bis 100 Prozent.

Für Nichtverbandseisen gelten folgende Zahlen: Mittelbleche und Feinbleche erfuhren seit Ende September eine Preissteigerung um 30 M je Tonne, also um 10 bis 15 Prozent für das ganze Reichsgebiet. Die Ueänderung der Frachtgrundlage durch teilweisen Uebergang von Siegen auf Essen brachte für einzelne Verbraucherbezirke infolge der Mehrfracht stärkere Preiserhöhungen mit sich.

Universaleisen erhöhte sich gegen den 1. Dezember 1926 um 16 M, also um 12 Prozent bei 10 M je Tonne Mehrfracht durch Verlegung der Frachtgrundlage. Für Süddeutschland galten im Oktober 1926 bei Frachtgrundlage Türkismühle je Tonne 135 M, ab 1. September 1926 bei Frachtgrundlage Neunkirchen je Tonne 138 M, ab 15. Dezember 1926 (Frachtgrundlage nur noch Oberhausen) 144 M.

Bei Qualitätseisen erfolgten Erhöhungen in allen Reichsgebieten für die meisten Sorten. Auch die Auf- und Ueberpreise sowie die Rabatte erfuhren Ueänderungen. So betrug der C.M.-Aufpreis ab 26. November 1926 5 M für alle Lieferungen, die in Siemens-Martingüte bestellt waren, während am 26. November 1926 jeglicher Aufpreis fehlte. Die Ueberpreise für das Gebiet der Frachtgrundlage Türkismühle-Neunkirchen erhielten eine tatsächliche Steigerung um 50—100 Proz. bei 2—4 M für jede Tonne Stabeisen, und zwar durch Fortfall der Rabatte von 33 $\frac{1}{3}$ —60 Prozent auf die Stahlwerksverbandsliste, die infolge des Saar- und Lothringers Wettbewerbs, der um soviel geringere Ueberpreise hatte, gegeben wurden. Nach dem Auslande werden keine oder niedrigere Ueberpreise gegeben.

Die Rabatte beim Bezug ab Werk für Stabeisen und Formeisen betragen für Händler in Klasse 1 4 Prozent, Klasse 2 2 Prozent, Klasse 3 1 Prozent und Klasse 4 $\frac{1}{2}$ Proz.; für Verbraucher in Klasse A 1 4 Prozent, Klasse A 2 2 Proz., Klasse B 1 Prozent; sodann für Grobbleche in Klasse A (bisher 2 $\frac{1}{2}$) jetzt 0 Prozent, B (2) jetzt 2 Prozent, C (1) jetzt 1 Prozent, D ($\frac{1}{2}$) jetzt $\frac{1}{2}$ Prozent. Preiserhöhungen durch Rabattminderungen fanden weiterhin statt durch Einordnung in eine niedrigere Verbraucherklasse sowie durch Fortfall der höchsten Verbraucherklassen bei Grobblechen.

Die Händlerpreise ab Lager nahmen folgende Entwicklung: Der Stabeisenpreis für Süddeutschland betrug bisher 172 M, jetzt 182 M, während er für Rheinland und Westfalen sowie für Mittelddeutschland mit 177 bzw. 190—205 M auf gleicher Höhe geblieben ist. Die Rabatte für die drei Bezirke haben sich für Süddeutschland mit 3 Prozent für 2—5 Tonnen, mit 5 Prozent für 5—10 Tonnen und mit 7 $\frac{1}{2}$ Prozent für 10 bis 15 Tonnen nicht geändert. Ebenfalls nicht für den Bezirk

Rheinland-Westfalen mit 5 Prozent für 5—10 Tonnen und mit 10 Prozent für 10—15 Tonnen Abnahme. Auch für Mittelddeutschland blieben sie mit 5 M bei Abnahme von 2—5 Tonnen, mit 10 M bei 5—10 Tonnen und mit 15 M bei 10—15 Tonnen unverändert. Für den Bezirk Berlin erhöhten sich die Stabeisenpreise in der Kleinen Verbrauchergruppe von 180 auf 190 M, in der großen Verbrauchergruppe von 170 auf 180 M. Dazu erhöhte Süddeutschland ab 3. Januar 1927 die Preise aller Eisensorten um 10 M, Mittelddeutschland für Bandeisen und Bleche ab 21. Dezember 1926 um 10 M, Berlin für Stabeisen ab 4. November 1926 um 5 M und ab 4. Dezember 1926 von neuem um 5 M, für Formeisen ab 4. November 1926 um 5 M.

Daneben darf aber die Klage besonders der blechverarbeitenden Industrie nicht unerwähnt bleiben, daß diese Preise zwar theoretisch richtig seien, in Wirklichkeit aber immer ganz anderen Umfang annehmen und eine bedeutende Steigerung erfahren.

Die Entwicklung zeigt also, daß eine Nationalisierung der Preise nicht eingetreten ist. Die volkswirtschaftliche Auswirkung der mit der Rationalisierung und der Sonderkonjunktur erhofften Rentabilität und gesteigerten Produktivität ist ausgeblieben. Es sind nicht nur keine Preisermäßigungen erfolgt, sondern sogar Preiserhöhungen. Damit ist die Folgerung aus den verringerten Gesehungskosten und den größeren Gewinnen nicht gezogen worden, sondern

der Gewinn den genannten Industriegruppen allein vorbehalten geblieben. Die notwendige Folge aus dieser verhinderten Angleichung der Preispolitik an Nationalisierung und verringerte Gesehungskosten ist die Erschwerung einer auch auf die nachgeordneten Industriegruppen übergreifenden Nationalisierung.

Damit wird, volkswirtschaftlich irrational, die Spanne zwischen der beschleunigten Entwicklung der Eisen schaffenden und der zurückgebliebenen Eisen verarbeitenden Industrien erweitert. Die Darlegungen führender Industrieller also, daß die Nationalisierung im Dienste einer Absatzpolitik mit niedrigsten Preisen stehe, wird durch die Praxis verneint und eine gewisse Exportpolitik den nachgeordneten Industriegruppen gegenüber kenntlich, da die praktischen Auswirkungen dieser Gruppen nach Nationalisierung auf Grund erhöhter Abnahmekosten und damit erhöhter Gesehungspreise erschweren. Bei der allgemeinen Verringerung der Kaufkraft dürfte dieser Gruppe auch kaum möglich sein, durch vollständige Abwälzung der erhöhten Preise auf die Kunden sich selbst die Nationalisierung zu sichern, geschweige sie in dem Maße zu entwickeln, daß sie den Vorsprung der Eisen schaffenden Industrie einholen oder eine erfolgversprechende weitere Aufwärtsentwicklung gewährleisten könnte.

Damit wird der Primat der Schwerindustrie den nachgeordneten Gruppen gegenüber verstärkt, eine unwirtschaftliche Strukturveränderung im Verhältnis beider zueinander hervorgerufen und die Gefahr einer Verringerung des Absatzes für die Eisen schaffende Industrie selbst auf Grund der übersteigerten Preispolitik wahrscheinlich gemacht. Absatzpolitik und Preispolitik stehen also im Gegensatz; die volkswirtschaftliche Verbreiterung und Vertiefung der allgemeinen Nationalisierung der Wirtschaft wird erschwert, das Auswachsen der privatwirtschaftlichen Einzelrentabilität zur volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion gehemmt. Die Frage wegen der Nationalisierung der Preise bleibt noch zu lösen!

Vorwärts

Gesellenvater Adolf Kolping

Drücken uns oft schwere Sorgen,
droht auch manches Felsenriff,
nach dem Abend kommt der Morgen;
wohl uns, wenn wir da zu geborgen
Brüder, unter Hoffnungsschiff.

Laßt uns halten treu zusammen
in der tiefbewegten Zeit;
für die Wahrheit immer streben
und als wackre Männer leben!
Dazu sei der Schwur erneut!

Internationale Industrieverbindungen und soziale Reaktion

Die Frage internationaler Verbandsbildung schreitet immer weiter vorwärts. Führende Wirtschaftspolitiker suchen durch Rede und Schrift dieser „Weltkartellwirtschaft“ den Weg zu bereiten. L o u c h e u r, der französische Großindustrielle, hielt vor einigen Tagen seine bekannte Brüsseler Rede, und der Franzose C l e m e n t e l sprach im Ausschuß der Internationalen Handelskammer über das gleiche Problem. Von großer Wichtigkeit ist das Gutachten des Züricher Professors Großmann, das er im Auftrage der vorbereitenden Welt-Wirtschafts-Konferenz erstattete.

Das Gutachten enthält drei praktische Vorschläge für wirtschaftliche Annäherung der Staaten durch Einigung der Privatindustrie:

1. Systematische Organisation von internationalen Industriekartellen,

2. Festlegung der Quote der Beteiligung an der industriellen Produktion in jedem Lande und Organisation einer Spezialisierung der industriellen Produktion durch die internationalen Kartelle,

3. Schaffung einer von der Industrie unterstützten Zentralkasse, die den Exporteuren die Transportkosten und Zollgebühren zurückerstattet, falls die Exporteure dem Kartell des betreffenden Landes angehören. Punkt 1 und 2 der Vorschläge sind verständlich und bringen an und für sich nichts Neues, wenn wir auch die allgemeine Anwendbarkeit dieser Grundsätze bezweifeln müssen. Auf Grund der bisher vorliegenden kurzen Meldungen ist eine Stellungnahme zu dem dritten Vorschlage noch nicht ohne weiteres möglich. Der praktische Sinn des Vorschlages scheint uns der zu sein, die staatlichen Schranken durch private Abkommen zu überbrücken und dann abzubauen.

Bis zum „Abbau“ der internationalen Kartelle ist noch ein weiterer Weg. Vorläufig wird rüstig aufgebaut, und man schreitet damit immer zur weiteren Monopolisierung der Waren, aber auch der Preise. Starke Erweiterungsmöglichkeiten liegen heute beim internationalen Eisentrust.

In den letzten Wochen haben verschiedentlich Besprechungen darüber stattgefunden, wie man die osteuropäische Eisenindustrie, Polen, Tschechien und Oesterreich an den kontinentalen Eisentrust binden kann. Wenn auch nicht alle Differenzen zwischen den kartellierten, mitteleuropäischen Eisenwerken und denen von Polen gänzlich beseitigt sind, so läßt sich doch eine wesentliche Annäherung der gegenseitigen Standpunkte bereits feststellen. So

haben die polnischen Eisenwerke ihren bisherigen Wettbewerb auf dem südslawischen Eisenmarkt aufgegeben, wie dies namentlich von der österreichischen und tschechoslowakischen Eisenindustrie vermerkt wurde. Ob und inwieweit die polnischen Eisenwerke auch auf den österreichischen, ungarischen und rumänischen Absatz verzichten werden, hängt vielfach davon ab, welche Zugeständnisse sie von den westlichen Eisenindustrien, namentlich

von der deutschen, in Düsseldorf erhalten werden. Stimmt die polnische Eisenindustrie der von den kartellierten Eisenwerken gewünschten Aufteilung der östlichen und westlichen Absatzgebiete zu, so dürfte sie (laut „Kölnischer Zeitung“) bereits Anfang März in die Internationale Rohstahlgemeinschaft aufgenommen werden.

Ebenso wird bereits ernsthaft über den Beitritt Italiens zum Eisentrust geredet. Wie die Chicago Tribune („Deutsche Bergwerks-Ztg.“ 28. Februar) meldet, wird der Präsident der italienischen metallindustriellen Verbände in einer abschließenden Unterredung mit den deutschen Industriellen Thyssen und Vögler den Beitritt Italiens zum europäischen Stahlkartell beraten. Thyssen hat eine Mitteilung über den Stand der Verhandlungen angekündigt.

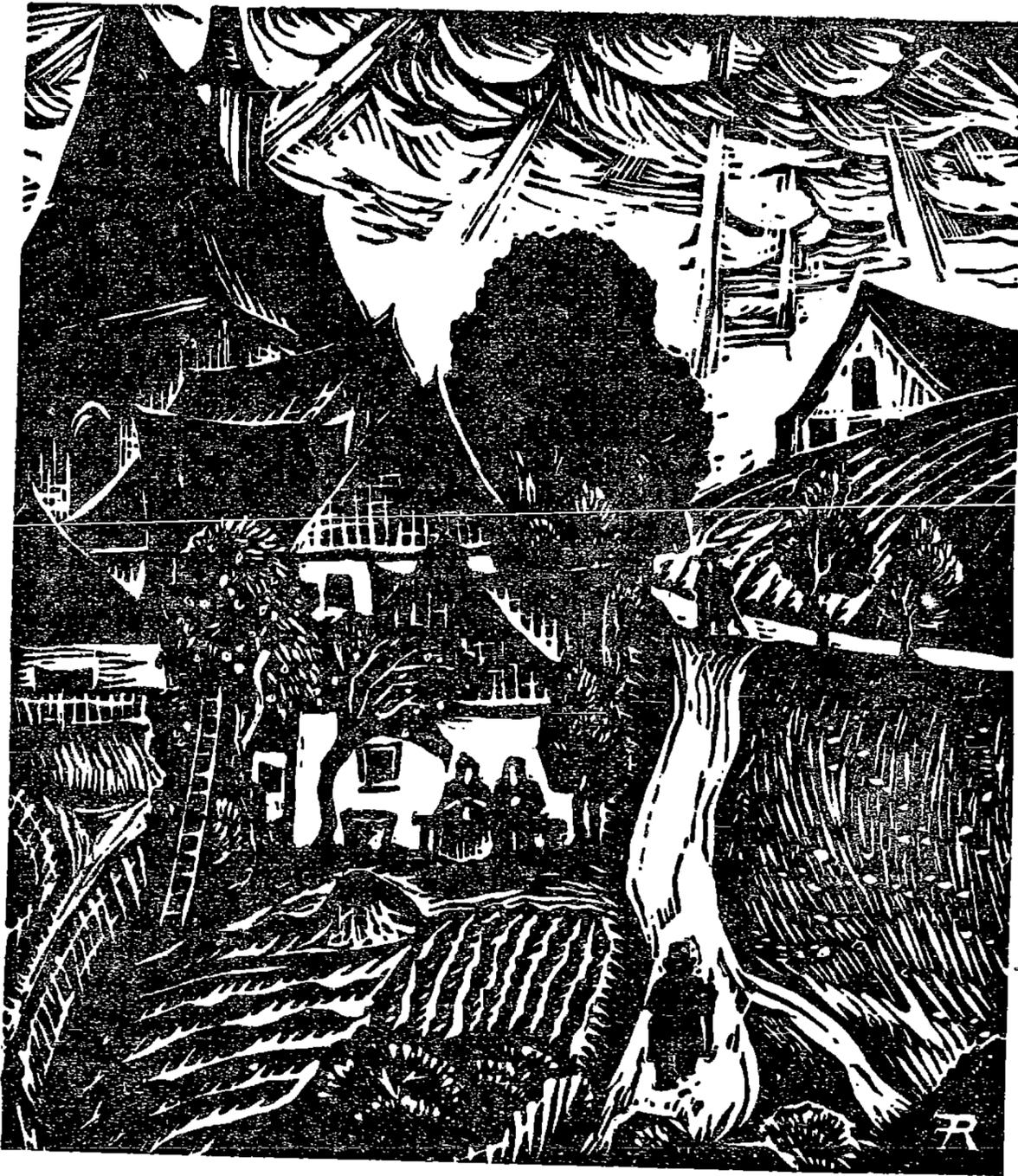
Bisher sei das Haupthindernis für den italienischen Beitritt die Freundschaft mit England gewesen, da England außerhalb dieser Konvention stehe, doch würde Mussolini, wenn England nichts dagegen einzuwenden habe, Wert darauf legen, daß Italien dem Kartell beitrete.

Inwieweit das seine Wichtigkeit hat, muß der Zukunft überlassen werden. Immerhin werden ohne Zweifel starke Fäden gezogen, und die Mächte, die sich dort zusammenballen, werden bestimmend sein für die soziale Haltung weiter Arbeitgeberkreise. In Deutschland ist es leider der Hauptteil der deutschen Eisenindustriellen, der sich in sozialer Reaktion betätigt. Die letzten Lohnverhandlungen in der Nordwestgruppe waren bezeichnend dafür. Die Stellung der Unternehmer gegenüber Lohn- und Arbeitszeitfragen nimmt auch international eine immer geschlossener Front an.

In Belgien hat das „Zentralkomitee der Industrie“ seinen Mitgliedern ein geheimes Rundschreiben zugehen lassen, das den Zweck hat, Lohnerhöhungen vorzubeugen.

Aus dem Rundschreiben entnehmen wir folgendes, was von größter Wichtigkeit ist:

„Es ist die Pflicht aller Unternehmer, sich den Forderungen um Lohnerhöhungen, die ihnen wahrscheinlich in nächster Zeit



Feierabend

Fritz Röss

mehr für alle Absatzgebiete, für Fittings eine solche von 15—40 Prozent, für Band Eisen eine Preiserhöhung von 140 auf 147,50 Mark (Frachtgrundlage Homburg-Gaar).

Weiße Bleche zeigten eine Steigerung seit September 1926 um 10—12 Prozent für das ganze Reichsgebiet, Transformatorbleche seit 26. November eine solche von 15 M für das ganze Reichsgebiet.

Walzeisendraht in Thomasgüte erhöhte sich seit April 1925 bis heute von 137,50 M auf 139,50 M, während verzinkter Runderisendraht seit April 1925 von 230 auf 235 M anstieg, in der Zwischenzeit aber ohne Verbandspreise auf 190 bis 195 M sich gesenkt hatte.

Der Abschluß des Drahtseilverbandes im November 1926 brachte für Drahtseile eine Preiserhöhung bis 100 Prozent.

Für Nichtverbandseisen gelten folgende Zahlen: Mittelbleche und Feinbleche erfuhren seit Ende September eine Preissteigerung um 30 M je Tonne, also um 10 bis 15 Prozent für das ganze Reichsgebiet. Die Ueänderung der Frachtgrundlage durch teilweisen Uebergang von Siegen auf Essen brachte für einzelne Verbraucherbezirke infolge der Mehrfracht stärkere Preiserhöhungen mit sich.

Universaleisen erhöhte sich gegen den 1. Dezember 1926 um 16 M, also um 12 Prozent bei 10 M je Tonne Mehrfracht durch Verlegung der Frachtgrundlage. Für Süddeutschland galten im Oktober 1926 bei Frachtgrundlage Türkismühle je Tonne 135 M, ab 1. September 1926 bei Frachtgrundlage Nennkirchen je Tonne 138 M, ab 15. Dezember 1926 (Frachtgrundlage nur noch Oberhausen) 144 M.

Bei Qualitätseisen erfolgten Erhöhungen in allen Reichsgebieten für die meisten Sorten. Auch die Auf- und Ueberpreise sowie die Rabatte erfuhren Ueänderungen. So betrug der C.M.-Aufpreis ab 26. November 1926 5 M für alle Lieferungen, die in Siemens-Martin Güte bestellt waren, während am 26. November 1926 jeglicher Aufpreis fehlte. Die Ueberpreise für das Gebiet der Frachtgrundlage Türkismühle-Nennkirchen erhielten eine tatsächliche Steigerung um 50—100 Proz. bei 2—4 M für jede Tonne Stabeisen, und zwar durch Fortfall der Rabatte von 33 $\frac{1}{3}$ —60 Prozent auf die Stahlwerkverbandsliste, die infolge des Saar- und Lothringer Wettbewerbs, der um soviel geringere Ueberpreise hatte, gegeben wurden. Nach dem Auslande werden keine oder niedrigere Ueberpreise gegeben.

Die Rabatte beim Bezug ab Werk für Stabeisen und Formeisen betragen für Händler in Klasse 1 4 Prozent, Klasse 2 2 Prozent, Klasse 3 1 Prozent und Klasse 4 $\frac{1}{2}$ Proz.; für Verbraucher in Klasse A 1 4 Prozent, Klasse A 2 2 Proz., Klasse B 1 Prozent; sodann für Grobbleche in Klasse A (bisher 2 $\frac{1}{2}$) jetzt 0 Prozent, B (2) jetzt 2 Prozent, C (1) jetzt 1 Prozent, D ($\frac{1}{2}$) jetzt $\frac{1}{2}$ Prozent. Preiserhöhungen durch Rabattminderungen fanden weiterhin statt durch Einordnung in eine niedrigere Verbraucherklasse sowie durch Fortfall der höchsten Verbraucherklassen bei Grobblechen.

Die Händlerpreise ab Lager nahmen folgende Entwicklung: Der Stabeisenpreis für Süddeutschland betrug bisher 172 M, jetzt 182 M, während er für Rheinland und Westfalen sowie für Mittelddeutschland mit 177 bzw. 190—205 M auf gleicher Höhe geblieben ist. Die Rabatte für die drei Bezirke haben sich für Süddeutschland mit 3 Prozent für 2—5 Tonnen, mit 5 Prozent für 5—10 Tonnen und mit 7 $\frac{1}{2}$ Prozent für 10 bis 15 Tonnen nicht geändert. Ebenfalls nicht für den Bezirk

Rheinland-Westfalen mit 5 Prozent für 5—10 Tonnen und mit 10 Prozent für 10—15 Tonnen Abnahme. Auch für Mittelddeutschland blieben sie mit 5 M bei Abnahme von 2—5 Tonnen, mit 10 M bei 5—10 Tonnen und mit 15 M bei 10—15 Tonnen unverändert. Für den Bezirk Berlin erhöhten sich die Stabeisenpreise in der kleinen Verbrauchergruppe von 180 auf 190 M, in der großen Verbrauchergruppe von 170 auf 180 M. Dazu erhöhte Süddeutschland ab 3. Januar 1927 die Preise aller Eisensorten um 10 M, Mittelddeutschland für Band Eisen und Bleche ab 21. Dezember 1926 um 10 M, Berlin für Stabeisen ab 4. November 1926 um 5 M und ab 4. Dezember 1926 von neuem um 5 M, für Formeisen ab 4. November 1926 um 5 M.

Daneben darf aber die Klage besonders der blechverarbeitenden Industrie nicht unerwähnt bleiben, daß diese Preise zwar theoretisch richtig seien, in Wirklichkeit aber immer ganz anderen Umfang annehmen und eine bedeutende Steigerung erfahren.

Die Entwicklung zeigt also, daß eine Rationalisierung der Preise nicht eingetreten ist. Die volkswirtschaftliche Auswirkung der mit der Rationalisierung und der Sonderkonjunktur erhofften Rentabilität und gesteigerten Produktivität ist ausgeblieben. Es sind nicht nur keine Preisermäßigungen erfolgt, sondern sogar Preiserhöhungen. Damit ist die Folgerung aus den verringerten Gesehungskosten und den größeren Gewinnen nicht gezogen worden, sondern

der Gewinn den genannten Industriegruppen allein vorbehalten geblieben. Die notwendige Folge aus dieser verhinderten Angleichung der Preispolitik an Rationalisierung und verringerte Gesehungskosten ist die Erschwerung einer auch auf die nachgeordneten Industriegruppen übergreifenden Rationalisierung.

Damit wird, volkswirtschaftlich irrational, die Spannung zwischen der beschleunigten Entwicklung der Eisen schaffenden und der zurückgebliebenen Eisen verarbeitenden Industrien erweitert. Die Darlegungen führender Industrieller also, daß die Rationalisierung im Dienste einer Absatzpolitik mit niedrigsten Preisen stehe, wird durch die Praxis verneint und eine gewisse Spermopolitik den nachgeordneten Industriegruppen gegenüber kenntlich, da die praktischen Auswirkungen dieser Gruppen nach Rationalisierung auf Grund erhöhter Abnahmekosten und damit erhöhter Gesehungspreise erschweren. Bei der allgemeinen Verringerung der Kaufkraft dürfte dieser Gruppe auch kaum möglich sein, durch vollständige Abwälzung der erhöhten Preise auf die Kunden sich selbst die Rationalisierung zu sichern, geschweige sie in dem Maße zu entwickeln, daß sie den Vorsprung der Eisen schaffenden Industrie einholen oder eine erfolgversprechende weitere Aufwärtsentwicklung gewährleisten könnte.

Damit wird der Primat der Schwerindustrie den nachgeordneten Gruppen gegenüber verstärkt, eine unwirtschaftliche Strukturveränderung im Verhältnis beider zueinander hervorgerufen und die Gefahr einer Verringerung des Absatzes für die Eisen schaffende Industrie selbst auf Grund der übersteigerten Preispolitik wahrscheinlich gemacht. Absatzpolitik und Preispolitik stehen also im Gegensatz; die volkswirtschaftliche Verbreiterung und Vertiefung der allgemeinen Rationalisierung der Wirtschaft wird erschwert, das Auswachsen der privatwirtschaftlichen Einzelrentabilität zur volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion gehemmt. Die Frage wegen der Rationalisierung der Preise bleibt noch zu lösen!

Vorwärts

Gefellenvater Adolf Kolping

Drücken uns oft schwere Sorgen,
droht auch manches Felsenriff,
nach dem Abend kommt 'er Morgen;
wohl uns, wenn wir dann geborgen
Brüder, unter Hoffnungsschiff.

Laßt uns halten treu zusammen
in der tiefbewegten Zeit;
für die Wahrheit immer streben
und als wahre Männer leben!
Dazu sei der Schwur erneut!

Internationale Industrieverbindungen und soziale Reaktion

Die Frage internationaler Verbandsbildung schreitet immer weiter vorwärts. Führende Wirtschaftspolitiker suchen durch Rede und Schrift dieser „Weltkartellwirtschaft“ den Weg zu bereiten. L o u c h e u r, der französische Großindustrielle, hielt vor einigen Tagen seine bekannte Brüsseler Rede, und der Franzose C l e m e n t e l sprach im Ausschuß der Internationalen Handelskammer über das gleiche Problem. Von großer Wichtigkeit ist das Gutachten des Züricher Professors Großmann, das er im Auftrage der vorbereitenden Welt-Wirtschafts-Konferenz erstattete.

Das Gutachten enthält drei praktische Vorschläge für wirtschaftliche Annäherung der Staaten durch Einigung der Privatindustrie:

1. Systematische Organisation von internationalen Industriekartellen,

2. Festlegung der Quote der Beteiligung an der industriellen Produktion in jedem Lande und Organisation einer Spezialisierung der industriellen Produktion durch die internationalen Kartelle,

3. Schaffung einer von der Industrie unterstützten Zentralkasse, die den Exporteuren die Transportkosten und Zollgebühren zurückerstattet, falls die Exporteure dem Kartell des betreffenden Landes angehören. Punkt 1 und 2 der Vorschläge sind verständlich und bringen an und für sich nichts Neues, wenn wir auch die allgemeine Anwendbarkeit dieser Grundsätze bezweifeln müssen. Auf Grund der bisher vorliegenden kurzen Meldungen ist eine Stellungnahme zu dem dritten Vorschlage noch nicht ohne weiteres möglich. Der praktische Sinn des Vorschlages scheint uns der zu sein, die staatlichen Schranken durch private Abkommen zu überbrücken und dann abzubauen.

Bis zum „Abbau“ der internationalen Kartelle ist noch ein weiterer Weg. Vorläufig wird rüstig aufgebaut, und man schreitet damit immer zur weiteren Monopolisierung der Waren, aber auch der Preise. Starke Erweiterungsmöglichkeiten liegen heute beim internationalen Eisentrust.

In den letzten Wochen haben verschiedentlich Besprechungen darüber stattgefunden, wie man die osteuropäische Eisenindustrie, Polen, Tschechien und Österreich an den kontinentalen Eisentrust binden kann. Wenn auch nicht alle Differenzen zwischen den kartellierten, mitteleuropäischen Eisenwerken und denen von Polen gänzlich beseitigt sind, so läßt sich doch eine wesentliche Annäherung der gegenseitigen Standpunkte bereits feststellen. So

haben die polnischen Eisenwerke ihren bisherigen Wettbewerb auf dem südslawischen Eisenmarkt aufgegeben, wie dies namentlich von der österreichischen und tschechoslowakischen Eisenindustrie vermerkt wurde. Ob und inwieweit die polnischen Eisenwerke auch auf den österreichischen, ungarischen und rumänischen Absatz verzichten werden, hängt vielfach davon ab, welche Zugeständnisse sie von den westlichen Eisenindus-

trien, namentlich von der deutschen, in Düsseldorf erhalten werden. Stimmt die polnische Eisenindustrie der von den kartellierten Eisenwerken gewünschten Aufteilung der östlichen und westlichen Absatzgebiete zu, so dürfte sie (laut „Kölnischer Zeitung“) bereits Anfang März in die Internationale Rohstahlgemeinschaft aufgenommen werden.

Ebenso wird bereits ernsthaft über den Beitritt Italiens zum Eisentrust geredet. Wie die Chicago Tribune („Deutsche Bergwerks-Ztg.“ 28. Februar) meldet, wird der Präsident der italienischen metallindustriellen Verbände in einer abschließenden Unterredung mit den deutschen Industriellen Thyssen und Bögler den Beitritt Italiens zum europäischen Stahlkartell beraten. Thyssen hat eine Mitteilungsüber den Stand der Verhandlungen angekündigt.

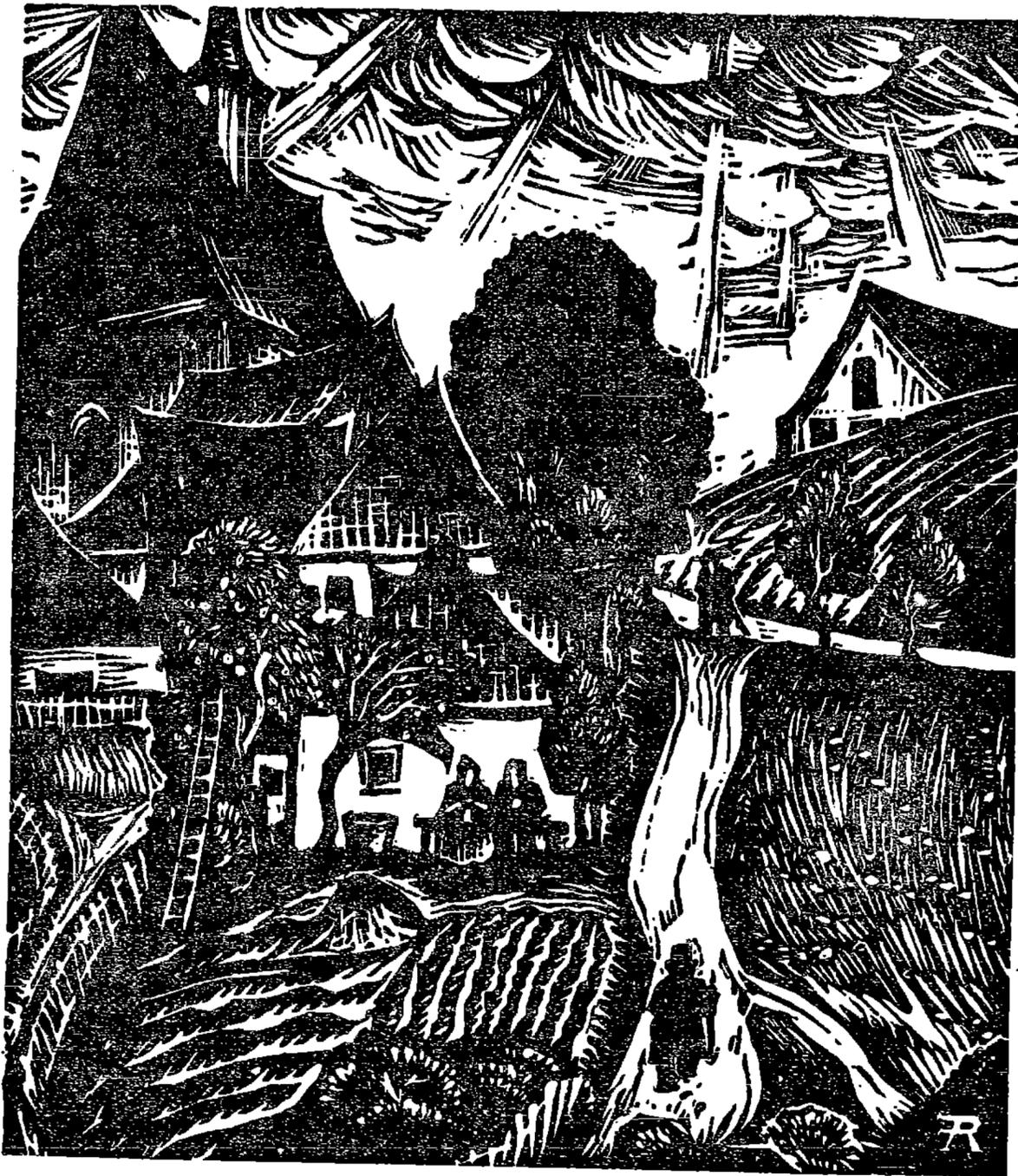
Bisher sei das Haupthindernis für den italienischen Beitritt die Freundschaft mit England gewesen, da England außerhalb dieser Konvention stehe, doch würde Mussolini, wenn England nichts dagegen einzuwenden habe, Wert darauf legen, daß Italien dem Kartell beitrete.

Inwieweit das seine Richtigkeit hat, muß der Zukunft überlassen werden. Immerhin werden ohne Zweifel starke Fäden gezogen, und die Mächte, die sich dort zusammenballen, werden bestimmend sein für die soziale Haltung weiterer Arbeitgeberkreise. In Deutschland ist es leider der Hauptteil der deutschen Eisenindustriellen, der sich in sozialer Reaktion betätigt. Die letzten Lohnverhandlungen in der Nordwestgruppe waren bezeichnend dafür. Die Stellung der Unternehmer gegenüber Lohn- und Arbeitszeitfragen nimmt auch international eine immer geschlossener Front an.

In Belgien hat das „Zentralkomitee der Industrie“ seinen Mitgliedern ein geheimes Rundschreiben zugehen lassen, das den Zweck hat, Lohnerhöhungen vorzubeugen.

Aus dem Rundschreiben entnehmen wir folgendes, was von größter Wichtigkeit ist:

„Es ist die Pflicht aller Unternehmer, sich den Forderungen um Lohnerhöhungen, die ihnen wahrscheinlich in nächster Zeit



Feierabend

Fritz Rörs

gestellt werden, kräftig zu widersprechen. Hier handelt es sich um das Wohlergehen der Industrie. Abgesehen von den Eigentümlichkeiten, die auf einem besonderen Gebiete gelten können, soll man den Urhebern solcher Forderungen mit der Hauptgrund antworten, daß die Lohn erhöhungen sich durch ihre Anhäufung selbst vernichten. Zur Zeit der Entwertung konnten sich die Fabriken durch den Verkauf der durch den Export erhaltenen Devisen entschädigen. Jetzt ist das nicht mehr der Fall, und jede Erhöhung der Indizes wird eine neue Hemmung zum auswärtigen Verkaufe sein, also ein Arbeitslosigkeits- und Notfaktor.

Die Industriellen, die bereits die Löhne dem Index angepaßt haben, befinden sich in einer besonderen Lage. Die Hauptsache ist jedoch, daß sie sich von ihren Kollegen nicht trennen, denn sie könnten dann nur ihre Bestrebungen zu Grunde richten. Es ist nunmehr un-

bestreitbar, daß das Indexsystem alle seine Vorteile verliert, denn es wird jetzt keine Baisse mehr eintreten, im Laufe derer seine Anwendung es ermöglichen würde von den Arbeitern, ohne Kampf und Schwierigkeiten, die von den Umständen geforderten Lohnminderungen einzuführen."

Sind das nicht die gleichen Töne, die wir auch in Deutschland so oft gehört haben? Man sieht, die soziale Reaktion ist international sehr stark verbunden. Da muß man sich geradezu wundern, daß weite Teile der Arbeiterschaft dieser Kapitalkraft und Reaktion nur Gleichgültigkeit und Laune gegenüberstellen. Damit wird sie gar nichts von ihren Rechten wahren. Das kann sie nur, wenn sie sich organisatorisch stärkstens zusammenschließen. Wi-

Der Kampf um das Tarifvertrags- und Schlichtungsweisen

Das Ringen um den Tarifzwang.

II.

Es liegt auf der Hand, daß diese Theorie geeignet ist, die Umgehung der gesetzlichen Unabdingbarkeit des Tarifvertrags in weitestem Umfang zu ermöglichen. Denn, solange der Arbeitnehmer dazu schweigt, also die untertarifliche Entlohnung oder Urlaubsgewährung usw. sich ohne Widerspruch gefallen läßt, ist die Sache für den Arbeitgeber erledigt; der Nachforderung auf den Tarif steht ja mangels ausdrücklichen Vorbehalts (mangels „Reklamation“) die Verzichtstheorie im Wege. Allerdings kann der Arbeitnehmer jederzeit sein Schweigen brechen, den Tarif beanspruchen; aber das wirkt dann nur für den nächsten Zahltag und die künftigen Zahltag; für die Vergangenheit ist dem Arbeitgeber die Ausschaltung des Tarifvertrags gelungen. Ich brauche hier nicht besonders hervorzuheben, daß ein solches Vorgehen der Arbeitgeber nicht nur möglich ist, sondern, gerade in den jetzigen Zeiten der wirtschaftlichen Depression, auch tatsächlich sehr häufig geübt wird. Deshalb ist es begreiflich, daß die Lehre von der Zulässigkeit des Tariflohnverzichts für die Vergangenheit viel Widerspruch findet, sowohl im Schrifttum des Arbeitsrechts wie in der Rechtsprechung; eine Uebersicht darüber gibt die Kartenauskunft des Arbeitsrechts (Stuttgart) in der Karte „Tarifvertrag; Anspruchsverzicht I“ (neu erschienen unter dem 1. Oktober 1926). Hier, während im Schrifttum die Zahl der Autoren, welche im Hinblick auf das Unabdingbarkeitsprinzip den Tariflohnverzicht auch für die Vergangenheit ablehnen, doch recht erheblich ist, sind es in der Rechtsprechung nur verhältnismäßig wenig Gerichte, die dasselbe tun. Ich glaube auch nicht, daß sich daran viel ändern wird; denn in der Praxis der Rechtsprechung kommen eben sehr oft recht unerfreuliche Fälle der Nachforderung auf den Tariflohn vor. Ein bekannter Typ ist z. B. dieser: Ein stellungsloser Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber, der ihm irgendwie nahesteht,

unablässig im Ohr gelegen, bis er im Betrieb des Arbeitgebers Beschäftigung fand; er hat, um zu seinem Ziel zu gelangen, sich von vornherein wiederholt und ausdrücklich bereit erklärt, untertariflich zu arbeiten und hat dies auch tatsächlich längere Zeit getan; er ist nachträglich, nach eingetretenem Zerwürfnis (das in solchen Fällen ja selten ausbleibt), tritt er nun mit dem Anspruch auf den Tarif für die Zukunft und für die Vergangenheit hervor. Man kann verstehen, daß in solchen Fällen — sowie in anderen ähnlichen — die Gerichte geneigt sind, nach einem juristischen Ausweg zu tun, um für die Vergangenheit die Nachforderung abzuschneiden. Meist auf diesem Weg ist man zur Konstruktion der Zulässigkeit des rückwärtigen Tariflohnverzichts (als Schuld-erlassvertrages) gekommen; einmal herausgearbeitet, hat dann diese Konstruktion sich von selbst verallgemeinert, so daß sie schließlich auch auf solche Fälle Anwendung fand, wo die Nachforderung nichts Ar rückiges an sich gehabt hätte. Es wird, wie gesagt, schwer sein, die so entstandene Theorie aus der Rechtsprechung, sei es auch nur überwiegend wieder zu beseitigen. Eines aber wird und muß sich erreichen lassen: daß die Gerichte in der Annahme des stillschweigenden Verzichtswillens erheblich zurückhaltender werden. Es geht nicht an, das Schweigen des Arbeitnehmers zur untertariflichen Behandlung durch den Arbeitgeber als Einverständnis damit, sowie das Schweigen bei Entgegennahme der untertariflichen Entlohnung als Verzicht auf den Differenzbetrag, anzusehen, wenn klar zutage liegt, daß der Arbeitnehmer, falls er redete, den Verlust seiner Stellung zu befürchten hatte; und in Zeiten großer Arbeitslosigkeit ist diese Befürchtung immer sehr naheliegend. In solchen Fällen läßt sich nicht sagen, das Schweigen sei deshalb als Einverständnis, als Verzicht auf den Tarifanspruch, anzusehen, weil der Arbeitnehmer nach Trennung und Glauben hätte reden müssen, wenn er nicht einverstanden sein, nicht verzichten wollte; sondern umgekehrt, es liegt viel näher, zu sagen, daß es von Seiten des Arbeitgebers gegen Trennung und Glauben verstoße, die Zwangslage des Arbeitnehmers zur untertariflichen Behandlung auszunützen.

Zu dieser Auffassung hat sich neuerdings erfreulicherweise das Oberlandesgericht Nürnberg in einem Urteil vom 20. März 1925 bekannt (abgedruckt in der Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht 1926, Sp. 437; in der obengenannten Karte der Stuttgarter Kartenauskunft ist das Urteil noch nicht berücksichtigt). Das Oberlandesgericht sagt u. a. folgendes:

„Von einem stillschweigenden Erlaß oder Verzicht kann nur dann gesprochen werden, wenn die Handlungsweise der Beteiligten mit dem Weiterbestehen der Forderung ganz unvereinbar sein würde. Das trifft hier nicht zu. . . . Für den Fall der Aufrechterhaltung höherer Lohnansprüche mußte der Kläger mit Entlassung rechnen; Voraussetzung des Verzichts ist aber, daß die Annahme des tarifwidrigen Gehalts nicht aus einer wirtschaftlichen Zwangslage heraus erfolgt. Alle Umstände sprechen gegen die Annahme, der Kläger habe stillschweigend verzichtet.“

2. Die Theorie von der Zulässigkeit des Tariflohnverzichts für die Vergangenheit — als praktisches Mittel des Ankämpfens gegen die Unabdingbarkeit der Tarifverträge — hat in neuester Zeit noch einen eigenartigen Bundesgenossen gefunden. Man hat nämlich die gesetzliche Regel, daß



Der Herr Sozialdirektor ist seit einiger Zeit baß erstaunt.

Es ist etwas los auf seinem Werk!

Die Arbeiter sind rühriger geworden!

??? Warum denn ???

Nun, die Betriebsräte-Wahlen stehen vor der Tür.

Die Arbeiterschaft will zeigen, daß auch sie ein Mitwirkungsrecht im Betrieb hat und sie will ihr Recht zunächst durch eine möglichst große Stimmabgabe veranfern.

die Unabdingbarkeit nur *relativ* wirke — also solchen Vereinbarungen nicht im Wege steht, wodurch die Arbeitnehmer dem Tarifvertrag gegenüber *günstiger* gestellt werden sollen (§ 1 Abs. 1 Satz 2 der V.D. vom 23. Dezember 1918) —, dazu bürgt, die Ausschaltung der tariflichen Entlohnungsbestimmungen juristisch zu rechtfertigen. Der Gedankengang, der dies zuwege bringt, ist etwa folgender: Wenn die Arbeitnehmer im Falle des Bestehens auf der tariflichen Behandlung nicht eingestellt würden oder ihre Kündigung zu gewärtigen hätten, so ist die untertarifliche Vereinbarung, durch welche sie ihre Einstellung oder Beibehaltung erreichen, für sie günstiger als der Tarifvertrag; denn die Arbeitslosigkeit verhindert (also den Arbeitnehmer davor bewahrt, daß er nur die Erwerbslosenunterstützung erhält), ist, in diesem Lichte betrachtet, dem Arbeitnehmer günstig, nicht ungünstig.

Das Gewerbegericht Oberlahnstein ist zuerst mit dieser Theorie auf den Plan getreten (das Urteil ist in der obigen Karte der Kartenauskunftei angeführt); einige wenige andere Gerichte sind ihm gefolgt. Die Rechtsprechung lehnt also überwiegend, und das arbeitsrechtliche Schrifttum fast ausnahmslos, diese Untergrabung der Unabdingbarkeitsnorm ab. Es ist klar, daß bei allgemeiner Anerkennung des genannten Gedankenganges die Unabdingbarkeit in Zeiten schlechter Wirtschaftslage und dadurch bedingter großer Arbeitslosigkeit im großen ganzen nur auf dem Papier stünde. Es geht aber nicht an, eine klare gesetzliche Bestimmung auf diese bequeme Art einfach zur Seite zu schieben. In der Tat zeigt sich denn auch der Gedankengang des Gewerbegerichts Oberlahnstein bei näherem Zusehen sofort als Trugschluß. Das *Motiv* der untertariflichen Vereinbarung, die der Arbeitnehmer eingeht, um sich vor der Arbeitslosigkeit zu retten, hat mit dem Inhalt der Vereinbarung nichts zu tun. Wird ein Stundenlohn von 80 Pfg. vereinbart, während der Tariflohn 90 Pfg. wäre, so ist die Einzelvereinbarung eben nur 10 Pfg. niedriger, als die Tarifvertragsbestimmung; sie ändert

also die tariflichen Arbeitsbedingungen nach unten, nicht nach oben; daraus folgt, daß diese Einzelvereinbarung als solche — nach ihrem Inhalt, verglichen mit dem Inhalt des Tarifvertrages — dem Arbeitnehmer nicht günstig ist. Günstig mag für ihn der durch diese Vereinbarung erzielte tatsächliche Zustand — die Erlangung oder Beibehaltung der Stelle — sein, verglichen mit dem tatsächlichen Zustand der Arbeitslosigkeit, wie er sonst eingetreten wäre. Es wird also hier ein Vergleich gezogen, der mit dem Inhalt der Vereinbarung und mit dem Inhalt des Tarifvertrages gar nichts zu tun hat, während § 1 Abs. 1 Satz 2 der V.D. vom 23. Dezember 1918 eben nur die Vergleichung des Inhalts der Einzelverträge mit dem Inhalt des Tarifvertrages im Auge hat. Ich möchte nicht mißverstanden werden. Es kann in schlechten Zeiten sehr wohl der Fall eintreten, daß hohe Tariflohnsätze der Aufnahme oder Weiterführung eines Betriebes hinderlich sind, und daß infolgedessen durch Zulassung niedrigerer Entlohnung Abhilfe geschaffen werden muß. Aber der Weg dazu muß legal sein, d. h. über die Gewerkschaft als Tarifvertragsteil führen: es darf nicht den einzelnen Arbeitnehmern gestattet werden, über den Kopf der Gewerkschaft hinweg den Tarifvertrag abzuändern. Läßt die Gewerkschaft nicht mit sich reden, so bleibt noch immer der Weg des Schlichtungsverfahrens. Zwar dürfen die Schlichtungsausschüsse in bestehende Tarifverträge nicht nach ihrem Belieben eingreifen; aber sie können auf die Verständigung der Streitparteien hinwirken und in ganz besonderen Fällen (wenn die Verhältnisse die Anwendung der sog. *clausula rebus sic stantibus* rechtfertigen würden, die in der Inflationszeit ja auch von Arbeitnehmerseite oft in Anspruch genommen wurde) auch einmal Abänderungs- oder Ausnahmebestimmungen durch Schiedsspruch treffen. Uebrigens mehren sich die Fälle, in denen die Tarifverträge selbst solche Ausnahmen ermöglichen: wo dies geschieht, ist — im Rahmen der tariflichen Bestimmung — die Ausnahme vorweg keine Verletzung der Unabdingbarkeit.

Prof. Dr. Erdel, Mannheim.

Körper und Arbeit

Die Wissenschaft beginnt sich mehr als bisher mit der Wechselwirkung von Körper und Arbeit zu beschäftigen. Das neuerschienene umfangreiche Werk „Körper und Arbeit“ verwahrt sich in seinem Vorwort mit Recht gegen den Einwand, als wenn es zu früh erschienen wäre. Das Lehrgebäude der Arbeitsphysiologie sei kaum im Rohbau fertig und alles sei noch im Werden. Letzteres stimmt, diese Wissenschaft ist noch neu und noch nicht zu einem gewissen Abschluß gekommen. Aber was in dem Werk geboten wird, verdient doch schon volle Beachtung. Die tiefgründigste Erforschung des arbeitenden Menschen kann diesen und jenen Stellen, die ihre Interessen zu wahren haben, an sich nur erwünscht sein, wenn sie *rein unabhängig*, sowie in *allen ihren Wirkungen und Konsequenzen* erfolgt.

Viele der Funktionen menschlicher Arbeit, ihrer Zusammenhänge, Ermüdungen, Gefahren, das schnelle Altern der Arbeiter u. a. m. wird — so weit man nach allgemeinem Ueberblick und als Laie urteilen kann —, so geschildert, wie sie sind oder wie sie sein könnten. Als wir aber die Abschnitte über die Ernährung des Arbeiters, über seine Mahlzeiten, Kleidung, die Notwendigkeit von Sport, über die „Ausführung gymnastischer Übungen in den Arbeitspausen“, sowie über Alkoholgenuß, Tabakverbrauch usw. lasen, da dachten wir unwillkürlich an die Zeit, wo zu Beginn des Hungerkrieges bessere Damen in Samt und Seide gekleidet Volk und Vaterland ihre Kräfte widmen und den Arbeiterfrauen plausibel machen wollten, wie sie mit wenigem Haus zu halten und zu kochen hätten. Ähnliche Gedanken kann man auch beim Lesen dieses Buches bekommen. So

wird z. B. vom *industriellen Schwerkarbeiter* gesagt, er brauche vor allem Kartoffeln, Brot und Speck, weil er aber zu meist „ausreichend bezahlt“ sei, kaufe er eher Fleisch. Er unterschätze ferner den Nährwert von „Kraut und Rüben“, schwärme aber mehr für grünes Gemüse und Obst. „Eier und Butter“ seien zu teuer usw. Vor Wochen hat ein Arbeitgeberverband bei einer Tarifverhandlung auch einen „Luxusartikel“ im Arbeiterhaushalt beanstandet und das sei der Genuß vom Schwein, also auch Speck, überhaupt der Nährwert von Rindfleisch sei dagegen besser und billiger. Werden diese Meinungen vereinigt, dann bleibt für den Arbeiter nur noch „Proletenfleisch“, der Hering, über, alles übrige wäre dann nur für *andere da* und nicht mehr für Arbeiter. Eine solche Wissenschaft ist nicht nur abzulehnen, sondern entschieden zu bekämpfen. Mit dieser Spreu sollen natürlich nicht die vielen guten Körner und Anregungen verloren gehen, die das Werk auch nach dieser Richtung enthält.

Von solch kritischen Hinweisen abgesehen ist jedoch das Werk als eine Leistung zu bewerten. Was seither auf diesem neuen Wissensgebiet vorlag, war nur zerstreut aufzufinden. Diesen Mängeln hilft das Handbuch ab. Sein Zweck wird jedoch nur dann am besten erreicht werden können, wenn der in seinem Mittelpunkt stehende Teil, der schaffende Mensch, mit diesem Wissensstoff stärker vertraut gemacht wird und er sich dann selbst darauf einstellen kann. Eine wichtigere Gewerkschaftsarbeit als diese ist undenkbar. Auf „Körper und Arbeit“ wird daher noch oft zurückzukommen sein.

Ma.

Thünen-Zellow's Kampf für den gerechten Lohn

Um Wirtschaft und Wirtschaftsideen: Achter Teil

Während in England um die Wende des 18./19. Jahrhunderts der schrankenlose Individualismus seinen Siegeszug antrat und sich das Naturrecht das Postulat nach der absoluten Freiheit und Selbständigkeit der Person und Handlung durchweg

generell durchsetzte, erstand in Deutschland, das wohl mit am heftigsten unter der Einwirkung des Smith-Ricardoschen Systems stand, jedoch recht bald eine Reaktion, welche getragen von der Philosophie und aufgenommen von der Staats- und Gesellschaftslehre,



Heinrich von Thünen-Tellow.

jaem System der „natürlichen Freiheit“, allmählich die Idee der planmäßigen Einwirkung des Staates auf die Wirtschaft entgegenstellt. Kein Geringerer als Fichte war es, der mit seinen „Grundlagen des Naturrechts“ (1796) die einseitig-atomistische Denkweise des Quensan-Smithschen Individualismus innerlich überwand und den organischen Zusammenhang alles Geschehens aufleben ließ, der nicht im Einzelnen den Drehpunkt der Entwicklung sah, sondern in der Gemeinschaft, im organischen Zusammenleben aller mit allen.

Aus dieser Philosophie entstanden die Ideengänge der großen deutschen Volkswirte: Adam Müller, Heinrich von Thünen und Friedrich List. In diesem Artikel wollen wir uns mit den Ideengängen Heinrich von Thünen-Tellow befassen, die einen bestimmenden geistigen Einfluß ausgeübt haben.

Heinrich von Thünen-Tellow, der in Oldenburg als Sohn eines Gutsbesizers geboren war, ist eine von jenen Persönlichkeiten gewesen, die von dem Drang nach alles ergründender Erkenntnis beseelt, mit zäher unbeirrbarer Energie sich die Erforschung eines Zieles stecken und nicht eher rasten, bis sie das Problem, welches sie sich zu lösen setzten, gelöst haben. Thünen war seiner Herkunft, Erziehung und Ausbildung nach in erster Linie Landwirt. Und zwar Landwirt in einer Zeit, die einerseits zu den politisch ruhigsten Perioden gehörte, die das deutsche Land je durchgemacht hat, und andererseits in einer Periode, wo die ersten großen

Fortschritte in Richtung der Intensivierung der Bodenkultur und der rationellen Agrarwirtschaft von England aus über Albrecht Thaer und andere umwälzend, und zunächst gefahrbringend in die deutsche Landwirtschaft eingezogen waren. Als Thünen inmitten all dieser Ereignisse im Jahre 1810 das Gut Tellow bei Rostock übernahm, war das Problem der ökonomischen Bewirtschaftung des an sich stark abgewirtschafteten Gutes durchaus keine leicht zu lösende Aufgabe und konnte nur mit strenger Systematik und bis ins einzelne durchgeführter Berechnung, wie dauernder Verfolgung der aufgewandten Mittel und erzielten Erträge in Verbindung mit fortgesetzt durchgeführten Vergleichen . . . durchgeführt werden.

In sechzehnjähriger Forscherarbeit legte Thünen dann im Jahre 1826 mit seinem Werk: „Der isolierte Staat in seinen Beziehungen zu Landwirtschaft und Nationalökonomie“ der Öffentlichkeit eine Untersuchung vor, die an Schärfe der Beobachtung und logischer Schlussfolgerung bis dahin unerreicht dastand.

Verbleiben wir indessen bei seiner bekannt gewordenen Lohntheorie.

Ähnlich wie Smith und Ricardo suchte auch Thünen, der das eherr. Lohngesetz Ricardos durchaus verwerflich fand, die Bedingungen des „naturgemäßen und zugleich gerechten Arbeitslohnes“ zu ergründen. Naturgemäß könne — sagt Thünen — nur ein Lohn sein, bei dem jene Arbeit, welche Güter schafft ebenso hoch entlohnt werde, wie jene, die Kapitalgüter herstelle.

Was Thünen hier anstrebte, ist die Anpassung des Arbeitslohnes an den steigenden Gewinn. Praktisch hat er dieses Streben auf Tellow in Form der Gewinnbeteiligung durchgeführt und damit den Beweis erbracht, daß einmal die Lohntheorie auch andere Wege gehen kann, als sie Ricardo in den Voraussetzungen festgelegt zu sehen glaubte, und zum anderen Arbeitslohn und Produkt durchaus in ein proportionales Verhältnis zu bringen war. Der moderne Prämienlohn ist also, wie wir sehen, Thünenschen Ursprungs, und wenn wir die Einzelheiten des Wirtschaftslebens weiter durchforschen wollten, würden wir wahrscheinlich noch recht oft auf Erscheinungen stoßen, die an ihn anklingen. Bemerkenswert sei des weiteren, daß seine Lohntheorie in Verbindung mit der Betriebsgröße ebenso wie das von ihm exakt nachgewiesene Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, seine Standortlehre in Verbindung mit der verhältnismäßigen Rationalität der Landbauarten und seine Erklärung der Entstehung der Grundrente — weitgehenden Einfluß auf die wissenschaftliche Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und die Praxis des Landbaues wie der Volkswirtschaft genommen hat. Noch heute gilt der „isolierte Staat“ als ein Standardwerk, das seinesgleichen kaum hat. K. R.

Aus den Betrieben

Das Organisiertsein entscheidet bei Afforden

Im Walzwerk der Westfälischen Union, Hamm, versuchte man, die Afforde um 15 Prozent abzubauen. Durch das Eingreifen der Gewerkschaften gelang es, unter Zuhilfenahme des Schlichtungsausschusses, den Abzug auf 5 Prozent zu ermäßigen. Die abgewehrte Lohnverminderung beträgt monatlich bis zu 30 M pro Arbeiter.

In der Verzinkerei desselben Werkes wurde ein neuer Afford eingeführt. Die neuen Affordsätze ergaben nach Ansicht der betreffenden Kollegen einen Minderverdienst bis zu 20 Prozent. Auch hier konnte durch Eingreifen der Gewerkschaft und nach Verhandlungen mit der Werksleitung erreicht werden, daß statt des Minderverdienstes ein Mehrverdienst bis zu 25 Prozent pro Monat erzielt wird.

In all diesen Betrieben war die Arbeiterschaft zum guten Teil noch organisiert oder sie erinnerte sich wenigstens im letzten Augenblick noch ihrer gewerkschaftlichen Pflicht. In anderen Betrieben dagegen, wo die Arbeiterschaft durchweg unorganisiert war, mußte sie sich bedeutende Abzüge gefallen lassen.

Ein typisches Beispiel hierfür bietet die Seilerei der Westfälischen Drahtindustrie, Hamm. Weil die Arbeiter dieses Betriebes fast restlos unorganisiert waren, mußten sie einen zehnprozentigen Affordabzug ohne weiteres einstecken. Ebenfalls wurde ihnen die Schmierzulage gestrichen und die Einlegezeit gekürzt. Ferner wurde den Seilern

der jugendliche Hilfsarbeiter weggenommen. Eine Bezahlung des Ueberstundenzuschlages für die in sehr großem Umfang gemachten Ueberstunden wagte gleichfalls keiner zu verlangen. Monatelang wurde auf den freien Samstagnachmittag ohne besondere Entschädigung verzichtet. Dazu herrschte, alles nach eigenen Angaben der betreffenden Arbeiter, in der Seilerei ein derartiges Mißtrauen und unkollegiales Verhältnis unter den Arbeitern, wie in keinem anderen Betriebe. Alles in allem ein packendes Bild, wie es einer unorganisierten Arbeiterschaft ergeht. Gleichzeitig aber auch der beste Beweis für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens. In keinem Betriebe sind so hohe Gewerkschaftsbeiträge gezahlt worden als in diesem Betriebe. Nur mit dem großen Unterschied, daß diese Arbeiter den Gewerkschaftsbeitrag nicht für ihre eigene Bewegung, also für ihre eigene Sache bezahlt haben, sondern das Mehrfache des Gewerkschaftsbeitrages in Form von Lohnabzügen an den Arbeitgeber zahlten. Wahrlich, ein schlechtes Geschäft.

Immer stramm und mit Energie

das scheint Parole bei der Eisenkonstruktionsfirma Raake in Gelsenkirchen zu werden. Eine Anzahl Monteure waren in Bochum beschäftigt. Es muß jeden Morgen und jeden Abend mit der Straßenbahn hin- und zurückgefahren werden. Bezahlung des Fahrtgeldes und der Auslösungssätze wird abgelehnt. Zwei Monteure wurden entlassen. Eine Klage der Entlassenen brachte für diese eine Nachzahlung von 43 Arbeits-

stunden. Die im Betrieb Verbliebenen und auch Geschädigten hatten das Nachsehen. Es sind diejenigen, welche mit ihrem Sparfamkeitssinn die Verbandbeiträge sparen, dagegen aber für die Firma um so mehr ihre Haut zu Markte tragen. Die Charaktere sind eben verschieden.

Die Firma gibt durch Anschlag bekannt, daß diejenigen, die einmal zu spät zur Arbeit kommen, mit Entlassung bestraft werden. Der Anschlag ist auch unterschrieben mit „Der Arbeiterrat“. Jeder Sachkundige weiß nun aber, daß es bei der Firma Raake keinen gültigen Arbeiterrat gibt. Man tut wohl so, aber es ist nicht so, wie die Firma glauben machen möchte. Der Anschlag ist nicht rechtskräftig, das wird auch wohl durch eine auf Grund des erwähnten Anschlages eingetretene Entlassung und Klage ergeben.

Im allgemeinen wäre es für die Belegschaft von Raake dringend notwendig, sich wieder einmal gewerkschaftlich zusammenzuschließen, um dadurch ihre Rechte wahren zu können.

Tarif- und Lohnbewegung im Rheinisch-Westfälischen Elektrowerke

Eine am Freitag, dem 18. Februar vom Christlichen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Duisburg, einberufene gut besuchte Elektriker-versammlung befaßte sich mit den augenblicklichen Lohn- und Tarifverhältnissen der Elektromonteuere im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk. Die sehr rege Aussprache ergab, daß sich in der Gehilfenschaft eine starke Beunruhigung bemerkbar macht über den enormen Widerstand der Unternehmer gegenüber allen Verbesserungs- und Reformbestrebungen der Gewerkschaften. Zugegeben wurde allerdings, daß eine derartige Haltung der Unternehmer gestützt worden ist durch Interessenlosigkeit, die ein großer Teil der Elektromonteuere lange Zeit hindurch an den Tag legte. Jetzt endlich wird eingesehen, daß eine solche Einstellung nur dem Geldbeutel der Unternehmer Rechnung trägt.

Es wurde beschlossen, bei der Bezirksleitung zu beantragen:

1. das Lohnabkommen zum frühesten Termin zu kündigen;
2. dahin zu wirken, daß recht bald eine befriedigende Erneuerung des Rahmentarifs und Arbeitszeitabkommens vorgenommen wird.

Die anwesenden Versammlungsteilnehmer waren sich darüber klar, daß nur straffer gewerkschaftlicher Zusammenschluß eine ausreichende Befriedigung der berechtigten Forderungen der Elektromonteuere garantiert. Sie fordern darum alle noch Fernstehenden zum Beitritt und zur intensiven Mitarbeit im Christlichen Metallarbeiterverband auf. Es wurde weiterhin beschlossen, im 11. März im Arbeiterheim, Duisburg, Seitenstraße, eine weitere Versammlung der Elektromonteuere vorzunehmen, die über die Vornahme weiterer Maßnahmen beraten wird.

Der niedrigste Lohn

Die Berliner Metallindustrie zahlt ihren Hilfsarbeitern wohl die niedrigsten aller in der Reichshauptstadt bestehenden Tariflöhne. Sie stellen sich auf 64 bzw. 66 Pfg. für Arbeiter über 21 Jahre. Die Herren Industriellen versuchten im Jahre 1926 zweimal, diese ohnehin niedrigen Sätze um 10 Prozent zu drücken. Ihre Bemühungen blieben indes ohne Erfolg. Mit Jahreschluß kündigten die Gewerkschaften das Lohnabkommen und forderten eine Zulage von 10 Pfg. pro Stunde.

Da der Industriellenverband sich in freier Verhandlung weigerte, der Forderung zu entsprechen, ging die Sache an den Schlichtungsausschuß. Hier gelang es zwar nicht, die geforderte Lohnerhöhung durchzudrücken, aber der Wortlaut des Schiedspruches läßt doch erhoffen, daß ab 31. März d. J. eine Lohnerhöhung erreicht wird.

In dem Schiedspruch wird zum Ausdruck gebracht, daß die Forderung der Arbeiter durch die Verhältnisse gerechtfertigt sei, daß aber ihre Erfüllung zur Zeit für die langsam in Gang kommende Industrie die Gefahr eines Rückschlages in sich birge. Aus diesem Grunde sollen die zur Zeit gezahlten Löhne bis zum 31. März weiter bestehen bleiben. Wenn die Hebung der Industrie jedoch weitere Fortschritte mache, wären die Voraussetzungen für eine Lohnerhöhung gegeben.

Da sich inzwischen eine weitere Besserung in der Berliner Metallindustrie beobachten läßt, dürfen die vom Schlichtungsausschuß betonten Voraussetzungen erfüllt und damit auch die Hoffnung berechtigt sein, daß die Hilfsarbeiter endlich eine Einkommensverbesserung erfahren.

Worauf es jedoch ankommt ist, daß diese Lohnerhöhung so bemessen wird, daß sie nicht durch die angeordnete Mietssteigerung absorbiert wird.

Abchluß des Lohnabkommens für Büromaschinenmechaniker

Das im Bezirkstarifvertrag bestehende Lohnabkommen, abgeschlossen zwischen dem Reichsverband der Büromaschinenhändler, Landesverband Rheinland und Westfalen, und dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands, wurde dem Händlerverband am 17. Januar m. d. tarif-

lichen vierwöchentlichen Kündigungsfrist vom Christlichen Metallarbeiterverband gekündigt.

Der Landesverband glaubte mit folgendem Schreiben die Kündigung des Lohnabkommens als erledigt zu betrachten: „Wir erhielten Ihr Schreiben vom 17ten und haben uns mit der Tarifkommission über die Einzelheiten unterhalten. Wir halten eine Verhandlung über Lohnerhöhung vollkommen zwecklos und möchten Sie im eigenen Interesse ersuchen, Ihren Antrag zurückzunehmen.“

Nachdem somit die direkte Verhandlungsmöglichkeit nicht mehr gegeben war, mußte laut Tarifvertrag der fachliche Schlichtungsausschuß zusammentreten.

Unter Vorsitz des Herrn Beigeordneten Weinbrenner kam sodann am 21. Februar im fachlichen Schlichtungsausschuß nach langen Beratungen folgende Vereinbarung zustande:

Die Löhne der Gehilfen im sechsten Jahre nach der Lehre werden erhöht von 1,15 M auf 1,25 M pro Stunde. Entsprechend dieser Erhöhung werden alle anderen Löhne der Gehilfen erhöht.

Die Löhne der Gehilfen betragen somit ab 21. Februar 1927:

im 6. Jahre nach der Lehre	1,25 M,	bisher	1,15 M	pro Stunde
" 5. "	"	"	"	"
" 4. "	"	"	"	"
" 3. "	"	"	"	"
" 2. "	"	"	"	"
" 1. "	"	"	"	"

Werstattleiter erhalten 10 Prozent mehr.

Die Löhne der Lehrlinge ab 21. Februar 1927 sind wie folgt:

im 1. Lehrjahre	5,— M	pro Woche,	bisher	4,— M
" 2. "	8,— M	"	"	7,— M
" 3. "	12,— M	"	"	10,— M
" 4. "	16,— M	"	"	14,— M

Die übrigen Bestimmungen des Vertrages bleiben bestehen.

Ein nicht zu unterschätzender Erfolg ist errungen; hoffentlich ziehen alle Mechaniker und Lehrlinge die richtige Lehre hieraus.

Eine Lohnbewegung auf Kosten der übrigen Belegschaft

Vor einiger Zeit führten die Spitzenbankdreher der Refarfulmer Fahrzeugwerke unter Führung des 103. Betriebsrates Luz eine Lohnbewegung. Eine Erhöhung der Löhne bzw. der Minutenwerte wurde erreicht, und es wurden die Minutenwerte von 1,182 auf 1,3 erhöht. Das Vorgehen dieser Kollegen mußte als lobenswert anerkannt werden, wäre aus eigener Kraft etwas erreicht worden, doch hatten durch dieses Abkommen viele Arbeiter Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen zu erfahren. Der Wortführer der Dreher bot der Firma Gegenleistungen an, welche zwar nicht von den Drehern gebracht werden sollten, sondern von an dieser Verhandlung unbeteiligten Kollegen des Betriebes. Es wurde vorgeschlagen, daß allen Arbeitern, welche an Maschinen, welche eingestellt werden müssen, arbeiten, also Fräser, Revolver- und Automaten-dreher usw. für die Zeit des Einrichtens der Maschine nur noch den Einstellohn plus 20 Prozent zu bezahlen. Seither wurde im Betrieb der Durchschnittsverdienst dem Arbeiter für das Einstellen vergütet. Weiter wurde in Vorschlag gebracht, Arbeitern, welche infolge schlechten Materials und ähnlicher Sachen nicht auf ihren Lohn kommen, nur noch 90 Prozent des Durchschnittsverdienstes zu bezahlen. Auch hier war der volle Durchschnitt vereinbart. Die in Frage kommenden Arbeiter werden durch das „Abkommen“ der Dreher ganz erheblich geschädigt und es beträgt der Schaden für die Zeit des Einstellens pro Stunde 20—25 Pfg.; bei schlechtem Material 8—10 Pfg. pro Stunde. Dieses Abkommen wurde dem Betriebsrat vorgelegt und verlangt, daß er seine Zustimmung gebe, andernfalls würde er abgeschoben.

Diejenigen Arbeiter, welche durch dieses „nette Abkommen“ geschädigt wurden, mußtten ordentlich auf. Für diese wurde dann vereinbart, daß die Zeit des Einstellens einer Maschine vom Meister festgesetzt wird, was vordem nicht war. Für diese festgesetzte Zeit wird der Durchschnitt vergütet. Wird der Arbeiter in der festgesetzten Zeit mit dem Einstellen nicht fertig, dann hat er die übrige Zeit, die er länger gebraucht, auf seinen Akkord zu nehmen und ist gezwungen, um zu seinem Geld zu kommen, mehr zu schinden. Wird der Arbeiter mit Einstellen früher fertig, bekommt er die Zeit bezahlt, wir fürchten aber, daß die meisten bei den festgesetzten Zeiten nicht herauskommen; die Kalkulationsmethoden in der Metallindustrie sind ja jedem darin Tätigen aus Erfahrung zu Genüge bekannt.

Kollegen der N. E. U., seht Euch dies Abkommen und diejenigen an, welche es abgeschlossen haben. Sorgt dafür, daß solche „Abkommen“ in Zukunft der Vergangenheit angehören. Stärkt den Einfluß des christlichen Metallarbeiterverbandes in diesem Betrieb. Führt alle diejenigen, welche innerlich auf unserm Boden stehen, unserm Verbands zu und sorgt dafür, daß unser Verband im Betriebsrat eine würdige Vertretung findet.

Verbandsgebiet

Düren. Am Freitag, dem 18. Februar, starb im Krankenhause zu Düren an den Folgen einer schweren Krankheit im besten Mannesalter von 43 Jahren unser langjähriges Mitglied Kollege Josef Sieger aus Merken. Der Verstorbene hatte schon früh den Organisationsgedanken erfaßt und warb stets mit Feuereifer für den Zusammenschluß der christlichen Metallarbeiter. Anfangs des Jahres 1919, kurz nach seiner

Rückkehr aus dem Kriege, übernahm er sofort den Posten als einflussreicher Vertrauensmann. Diesen Posten füllte er, bis ihn die Krankheit vollständig darnieder warf, mustergültig und opferfreudig aus. Im Monat November beteiligte er sich noch, von hohem Idealismus getragen, erfolgreich an der von der Ortsverwaltung angeführten Hausagitation. Stets war er mit seiner ganzen Person dabei, wenn es galt, die Interessen des Verbandes

zu wahren und die Rechte der Kollegen zu fördern. Der Christliche Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Düren, hat an Josef Sieger einen pflichtbewußten, tatkräftigen und opferbereiten Kollegen verloren und wird sein Andenken stets in hohen Ehren halten.

Weiden. Unsere Sektion Weiden der Ortsverwaltung Aachen hatte durch die Werbearbeit einen bedeutenden Zuwachs erhalten. In der Generalversammlung konnte der Vorsitzende Kollege Plum an Hand des Jahresberichtes folgendes mitteilen: Am 1. Januar 1926 zählte die Sektion 63 Mitglieder; am Schlusse des Jahres 82. Durch die starke Erwerbslosigkeit in der Aachener Metallindustrie hatten wir große Verluste. Durch die Werbearbeit wurden 6 Kollegen und 10 Kolleginnen wiedergewonnen, dazu noch 3 Neuaufnahmen von jüngeren Kollegen. Die Einnahme betrug 1619,60 M. Ausgabe an Erwerbslosenunterstützung 668 M. Der Markendurchschnitt betrug 4,3.

Mit der Tätigkeit des Vorstandes waren die Kollegen sehr zufrieden, und demselben wurde aus der Versammlung der Dank für seine Tätigkeit abgestattet. Besprochen wurden die Arbeitsverhältnisse in einem nahegelegenen Werke. Durch eine intensive Agitation ist es gelungen, die Belegschaft restlos zu organisieren. Besonders auch sprach der Vorsitzende über die jetzige Lage in der Metallindustrie. Die große Zahl der Erwerbslosen und Unorganisierten hemmt jeden Fortschritt. Es muß unbedingt Arbeit geschaffen werden in der Aachener Metallindustrie. Dazu bieten die Projekte des Aachen-Rhein-Kanals und Kerngasversorgung die beste Gelegenheit. Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß, wenn die Kollegen und Kolleginnen alle treu und fest zum Verbands halten, noch vieles in der Aachener Metallindustrie anpacken kann.

Mettmann. Unsere Jahres-Generalversammlung fand am 30. Januar statt. Den sehr umfangreichen und interessanten Geschäftsbericht erstattete Kollege Geschäftsführer Bäcker. An der Hand von zahlreichem Unterlagen beantwortete der Bericht hauptsächlich die Frage: Haben sich die Beiträge, die wir 1926 gezahlt haben, die viele umfangreiche Arbeit, die geleistet worden ist, rentiert? Von den Unorganisierten wird ja immer gesagt, wir sind deshalb nicht mehr Mitglied einer Gewerkschaft, weil die Gewerkschaften nichts mehr leisten. Die gewerkschaftliche Tätigkeit 1926 bestand zunächst infolge der wirtschaftlichen Lage darin, Verschlechterungen abzuwehren. Beim Übergang vom Jahre 1925 in das Jahr 1926 standen die Metallarbeiter in Mettmann in einer sehr schwierigen Tarifvertragsbewegung. Der Arbeitgeberverband verlangte 15 Prozent Lohnabzug, desgleichen sollte der Urlaub abgeschafft werden. Diese Forderungen der Unternehmer auf Verschlechterungen wurden abgewehrt und der Tariflohn, sowie der Urlaub mit einigen Änderungen gerettet. Auch mehrere geforderte Akkordabzüge konnten abgewehrt oder doch vermindert werden. Die Rechtschutztätigkeit gestaltete sich wie folgt: 14 mündliche Auskünfte wurden erteilt, 61 Schriftsätze angefertigt, 14 Vertretungen erfolgten am Gewerbegericht, 8 am Amtsgericht, 2 am Oberverwaltungsamt, 3 am Versorgungsgericht, 3 am Schlichtungsausschuß und 74 Mitglieder wurden am Landgericht vertreten. Diese ganze Verbandstätigkeit brachte für die Verbandsmitglieder einen Barerfolg von 132 600 M. Hinzu kommen noch 4279,72 M. die an Unterstützungen ausgezahlt wurden. Diesen Leistungen des Verbandes in der Gesamthöhe von 136 879,72 M. steht eine Gesamtleistung von 17 521,60 M. gegenüber. Diese Zahlen bejahen die Frage, ob sich unsere finanziellen Opfer und unsere persönliche Arbeit rentiert hat. Das Organisiertsein lohnt sich also und macht sich bezahlt.

An der gewerkschaftlichen Organisation hat die Arbeiterschaft aber auch eine allgemeine Interessenvertretung. Der Einfluß der Arbeiterschaft auf Regierungen, Parlamente und das gesamte Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ist eine Frage des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und eine Führerfrage. Nach der Einzelpersone fragt kein Parlament, keine Partei und keine Staatsinstanz. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage

konnten 1926 große soziale Erfolge erreicht werden. Zweimal wurden die Erwerbslosenunterstützungssätze erhöht und ein Weihnachtzuschuß gezahlt. Die Krisenfürsorge wurde für die ausgesteuerten Erwerbslosen eingeführt. Die Wochenhilfe wurde weiter ausgebaut. Das Knappschaftsgesetz und das Arbeitsgerichtsgesetz verabschiedet. Die Entwürfe zum Arbeiterschutzgesetz und der Erwerbslosenversicherung liegen vor. Die organisierten Arbeiter haben diese Gesetze gefordert und die Kämpfe mit den Gegnern des sozialen Fortschrittes geführt. Ohne Gewerkschaften wären die deutschen Arbeiter ohne Interessenvertretung nicht nur auf der Arbeitsstelle und gegenüber den organisierten Unternehmern, sondern auch im Staate und in der Gesellschaft. Unorganisiertsein heißt also, auf jede Interessenvertretung und jeden Einfluß verzichten.

Die Geistesbildung kennt keinen Stillstand, da die Entwicklung auf staatlichem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete keinen Stillstand kennt. Im Jahre 1926 ist deshalb auch alles geschehen, was möglich war, um an unserer Weiterbildung zu arbeiten. Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ und unsere neue Verbandswochenzeitschrift, bieten uns besonders gute Weiterbildungsmöglichkeiten. Für die nächsten Wochen sind vier Bildungsvorträge vorgesehen. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage konnte der Mitgliederabgang durch 135 Zugänge größtenteils wieder ersetzt werden. An die Hauptkasse wurden 7288,70 M. abgeführt. Die Ortskasse, welche am Jahresanfang ein Defizit von 624,46 M. auswies, hat heute einen Bestand von 296,65 M. Das Jahr 1926 hat also einen recht günstigen Abschluß gefunden. Herzlichen Dank an die unermüdeten Mitarbeiter, insbesondere an die Vertrauensleute, und eine Aufforderung zur weiteren Arbeit um weiter vorwärts und aufwärts zu kommen, bildete den Schluß des mit Beifall aufgenommenen Berichtes.

Nürnberg. Die Ortsverwaltung Nürnberg hielt am Samstag, dem 29. Januar, ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Besuch war ein außerordentlich guter. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Haag, den Kassenbericht Kollege Baham. Die Darlegungen fanden starken Beifall. Die Einmütigkeit der Generalversammlung kam auch bei der Neuwahl der Verwaltung zum Ausdruck. In geheimer Wahl wurde Kollege Haag als erster, Kollege Hachner als zweiter, Kollege Eschenlohr als dritter Vorsitzender und Kollege Baham als Kassierer gewählt. In der Diskussion wurden von den Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis die Machenschaften der Unternehmer, Förderung der gelben Gewerkschaftspolitik, auf das schärfste verurteilt. Der Appell zur Stärkung unserer Reihen, aufläuternd an die noch fernstehenden christlich gesinnten Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen heranzutreten, wird sicher auf fruchtbarem Boden gefallen sein. Unter starkem Beifall der Versammlung wurde unserem Bezirksleiter, Kollegen Konrad, für seine energische Vertretung der Arbeiterinteressen im Bayerischen Landtag Anerkennung und Dank ausgesprochen. Mit einem Hinweis, bei den bevorstehenden Betriebsratwahlen alle Kräfte unseres Verbandes zu mobilisieren und unseren Kollegen eine zielbewußte, energische Vertretung zu sichern, wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.



Artikelangabe



Für oder gegen die Aktienbeteiligung der Gewerkschaften (Gewerkschaftler, Schweiz, Winterthur, Nr. 7). Die Arbeitslosenversicherung (Vorwärts, Nr. 94). Der Ausbau des Eisenpactes (Bergwerkszeitung, Nr. 48). Das Notengesetz über die Arbeitszeit (Kölnische Zeitung, Nr. 157). Löhne und Mieten (Kölnische Volkszeitung, Nr. 155). Deutschland als Schrittmacher des Achtstundentages (Bergwerkszeitung, Essen, Nr. 50). Die Rechtsverhältnisse der Notstandsarbeiter (Gewerkschaftszeitung, Berlin, Nr. 9).

Senjenmanns Ansage

Von Pfarrer Heinrich Hansjakob †.

Auf einer kleinen Anhöhe liegt der Hermeshof und schaut ins stille Tal hinab bis gen Zell zur Wallfahrtskirche. In diese war manchen Samstag in gesunden Tagen der alte Bauer gewandelt der „Mutter Gottes zulieb“, und als er krank und fränkter ward, hatte er seine Kinder hinabgelandt in die Kapelle, damit sie beteten um eine glückliche Sterbstunde. Der Kaplan von Zell aber brachte ihm öfters die heilige Wegzehrung. Darum fürchtete der Hermesbauer das Sterben nicht.

Es war ein heißer Sommertag, als der Senjenmann auf dem Hermeshof anklopfte, um den Bur zu seinem Weib, das schon seit Jahren auf dem Kirchhofe in Zell ruhte, abzuholen. Die Kinder, alle erwachsen, mußten das Sterbelager des Vaters. Drummen im Tal arbeiteten Knechte und Mägde, um die Weizenarme heimzubringen. Drüben von der Kirzige her zog ein Gewitter dem Tale zu. Schon tollte der Donner in der Ferne.

„Der Himmel selbst flammt auf, wenn Jürten sterben“, sagt Chafspeare, und ein deutscher Hofbauer ist auch ein Fürst. Er war es wenigstens noch zu Zeiten des alten Hermesbauers. Der hörte im Sterben die Stimme des kommenden Wetters und wußte, daß die Ernte drummen lag am Fuße des Hügels. „Ich kann allei sterbe“, hub der Alte zu seinen Kindern zu reden an, „heißt ihr drumme dem Völker Garbe binde und sorgt für euer Brot zur Winterszeit. Ich brauch keins mehr, ich wart uf de Winter dunte im Gottesacker.“

Hinter dem uralten Kasten in der Sterbekammer stand eine alte, lange Kiste, im Hause von jeher nur der „Brummler“ genannt. Schon der Urahne des Sterbenden hatte mit dem Brummler das Neujahr und die

Kirchweih ins Tal hinuntergeschossen. Mit dem wollte der sterbende Hermesbauer den Tod ansagen. „Venet mer de Brummler“, sprach er weiter, „unters Kammerfensterle, ans Schloß bindet ihr a Schnaar, um die Schnaar gemm ihr mir in d' Hand. An jez gemm ihr 'nab und bindet Garbe, um der Vatter wartet uf de Tod, und wenn er kummt, so ziaht am Brummler. Wenn ihr de Brummler im Tal dunte härt, so kniaht ihr na und härtet a Vaterunser und a Herr gib ihm die ewig Ruhe — denn no isch euer Vatter g'storbe. An jez b'huet euch Gott! Blinwe brav, wie euer Vatter und Mutter g'nimm. Aber gemm weilli, es dundert scho wieder!“

Der alte Hermesbauer hatte allzeit seinen Willen, fest wie Eisen. Sein letzter Wille aber war heut wie Diamant. Die Kinder, immer gewohnt, ihm zu folgen, gehorchten auch hier. Weinend gingen sie den Hügel hinab, und unter Tränen banden sie ihre Garben. Tränenden Auges schauten sie von Zeit zu Zeit von der Arbeit hinauf zum Hermeshof, ob sie nicht vor dem Donnern des Himmels den Brummler überhört hätten.

Eben war die letzte Garbe gebunden und geladen, da fuhr Blitz und Schlag übers Tal hin. Eine plötzliche Stille folgte dem Zucken und Rollen vom Himmel her — da fällt ein Schuß vom Hof herab, der Brummler gibt das Todesignal des Vaters. Neben dem Erntewagen knien die Kinder und beteten ein Vaterunser und der Herr gab ihm die ewige Ruhe und das ewige Licht leuchtete ihm! Dann führen sie ihre Garben den Berg hinauf ins Vaterhaus. Der Vater ist tot, da sie seine Stube betreten. Die Ernte ist daheim und der Vater auch.

So sterben große Menschen, und große Menschen finden sich nicht bloß auf Schlachtfeldern, auf Kathedern, sie finden sich, oft weit größer, auch in stillen Talern auf einsamen Gehöften, in den Häusern des Industrievolkes. Im Volke, diesem Meere der Menschheit, da leben Adamskinder von jeder Sorte. —

Wirtschaft-Technik

Nummer 6

Duisburg, den 12. März 1927

Nummer 6

Das modernste Röhrenwalzwerk Europas Das Höntroper Werk des Bochumer Vereins

Der beim Bochumer Verein in Zeiten guter Wirtschaftslage stets herrschende Mangel an Rohstahl führte zum Neubau eines modernen Stahlwerkes in der Gemeinde Höntrop an der Chaussee von Bochum nach Essen. In Verbindung damit wurde ein Röhrenwalzwerk errichtet, um durch vermehrten Absatz hochwertiger Fertigerzeugnisse die Generalunkosten des gesamten Werkes herabzusetzen.

Im Februar 1922 wurde der Bau begonnen, im April 1924 das erste nahtlose Rohr gewalzt, im November 1924 der erste Stahl erzeugt.

Das Fabrikgelände (Fig. 1) ist 260 Morgen groß, wovon 80 000 Quadratmeter bebaut sind. Zur Einebnung des Geländes mußten 1 000 000 Kubikmeter Erdmassen bewegt werden.

Folgende Grundgedanken waren beim Bau maßgebend: Billiger Brennstoff in Gestalt von Hochofengas und Koks-Ofengas, das als Nebenprodukt der alten Anlagen billig zur Verfügung steht. Aufstellung modernster Ofen und Walzwerke mit den billigsten Selbstkosten. Reichliche Verwendung moderner leistungsfähiger Transportvorrichtungen, insbesondere zur Vermeidung schwerer Handarbeit und zum größtmöglichen Schutz gegen Betriebsgefahren.

Der Zugang zum Werk erfolgt durch einen 180 Meter langen Tunnel, der unter der Chaussee und den zahlreichen Eisenbahngleisen direkt in eine Waschkäue mit Umkleeeinrichtungen, Brausebädern usw. führt. Hier ist auch ein bestgeeigneter Sanitätsraum eingebaut, in dem erste ärztliche Hilfe bei Unfällen geleistet wird, im Notfall auch Operationen vorgenommen werden können.

Jedem Besucher fällt beim Betreten der Fabrikräume die Höhe und Länge der Hallen auf, die mit ihren offenen Dachreitern eine für Hüttenwerke ungewohnte Reinheit der Luft aufweisen.

Sehr breite Lichtbänder in den Dächern und Seitenwänden bewirken, daß es keine finsternen und schmutzigen Ecken gibt.

Das Stahlwerk umfaßt zunächst einen geräumigen Schuppen für feuerfeste Steine und empfindliche Ersatzteile; anschließend eine Bunkerhalle als Vorratsraum für Erz, Kalk und Dolomit. Die beiden Bunker aus Eisenbeton fassen 3000 Tonnen Erz, 800 Tonnen Kalk und 400 Tonnen Dolomit. Befüllt werden sie mittels Kugelkränen. Ihr Inhalt

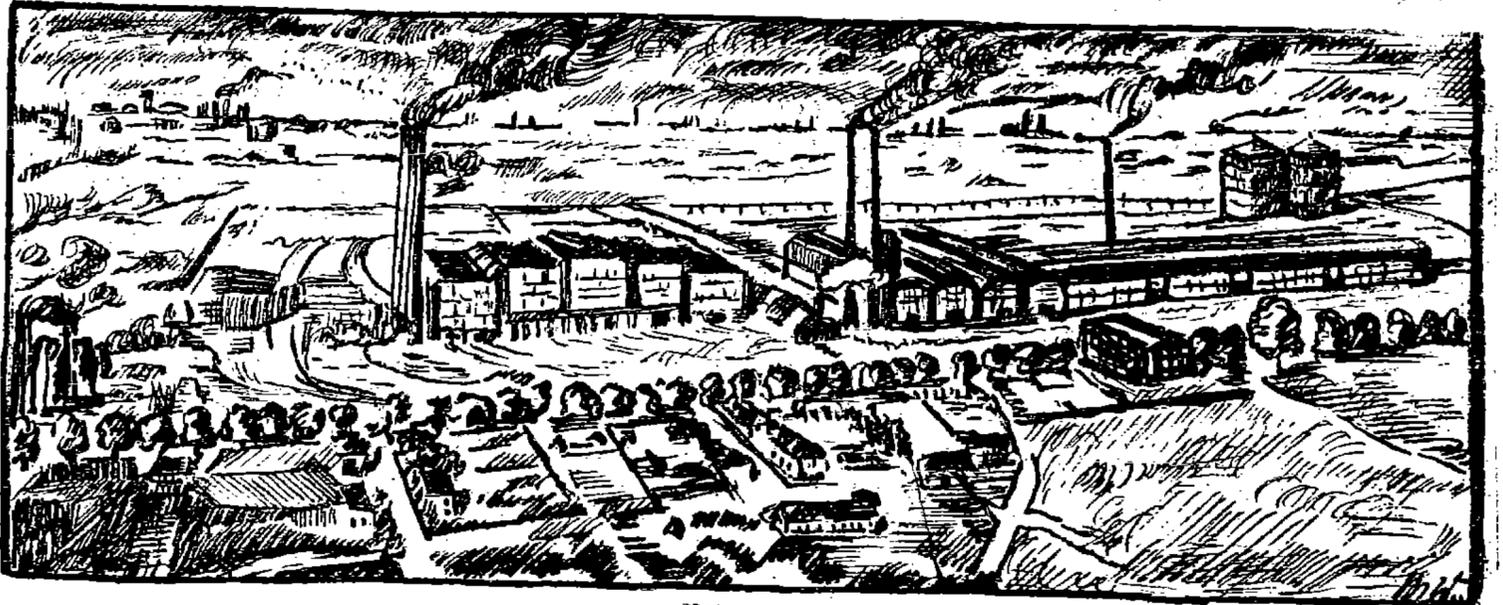


Bild 1.

entleert sich durch besondere Verschlüsse im Boden in Mulden, die von einer elektrischen Muldenkage vor die Ofen gebracht werden. Der Hauptbau des Stahlwerkes umfaßt die Schrotthalle, die Ofenhalle, zwei Gießhallen und die Blocklagerhalle. Drei Magnetkräne heben den Schrott vom Schrottlager und füllen damit zahlreiche auf der Ofenbühne stehende Mulden. Zwei Einjakkräne auf der 22 Meter breiten Ofenhalle erfassen diese Mulden mit einem langen Arm, führen sie in die Ofen und entleeren sie dort.

Es stehen zur Zeit drei Ofen im Betrieb, ein vierter ist im Bau. Jeder faßt einen Inhalt von 110—160 Tonnen. Sie sind durch Träger und Bleche stark armiert (Fig. 2) und reichlich mit Wasserkühlung versehen. Die am meisten der Zerstörung durch die heißen Gase ausgesetzten Ein- und Austrittsöffnungen, die Ofenköpfe, sind auswechselbar. Unter den Ofen liegen die Wärmespeicher zur Vorwärmung von Luft und Gas. Sie sind ebenfalls gepanzert und mittels Isolierschicht gegen Wärmeverlust durch Ausstrahlung geschützt. Die Beheizung erfolgt durch ein Gemisch von Koks-Ofengas und Hochofengas, das in Verbindung mit heißer Luft eine Temperatur von etwa 2000 Grad Celsius erzeugt.

Nach einer Schmelzdauer von 7 bis 8 Stunden wird der auf Rollen bewegliche Ofen elektrisch gekippt und gießt seinen Inhalt in 50 bis 60 Tonnen fassende Pfannen, die an einem schweren Laufkran hängen. Durch eine Öffnung im Boden der Pfanne entleert sich der flüssige Stahl in runde Kokillen und erstarrt darin zu Rundblöcken von 1—1½ Meter Länge und 150—700 Millimeter Dicke. Die Kokillen sind in langen Reihen in zwei großen Gießhallen aufgestellt. Neben diesen liegt noch eine Halle, die als Lagerplatz für fertige Blöcke dient. 10 Eisenbahngleise durchziehen das ganze Stahlwerk für den Zu- und Abtransport der Roh- bzw. Fertigmateriale. Die erzeugten Rundblöcke wer-

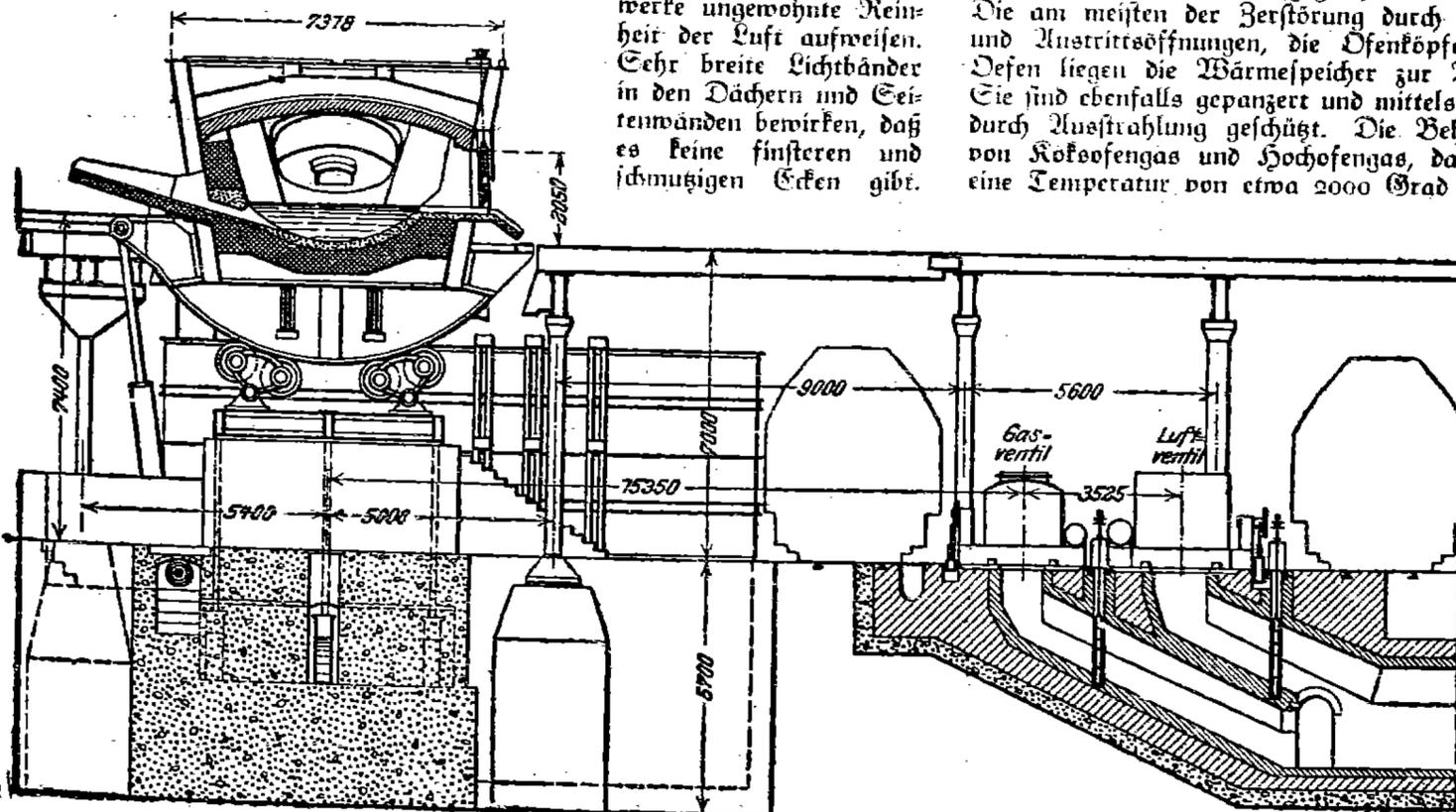


Bild 2.

den teils anderweitig verkauft, teils auf Quergleise mit elektrischer Lokomotive nach dem Röhrenwalzwerk gebracht.

Das Röhrenwalzwerk gliedert sich in:

- a) das Walzwerk selbst,
- b) die Adjustage,
- c) mechanische Werkstatt, Walzendreherei und Dornbearbeitung.

a) **Walzwerk.** Die erste Walzwerkshalle enthält das Blocklager nebst einem hydraulisch betätigten Blockbrecher von 2000 Tonnen Druckkraft. Die Rundblöcke von 200—550 Millimeter Durchmesser dienen zur Erzeugung von nahtlosen Röhren von 5—15 Zoll Außendurchmesser. Hierzu stehen zwei Walzenstraßen zur Verfügung; die eine walzt von 5—9 Zoll, die andere von 8—15 Zoll. Zu jeder Straße gehört ein 24 Meter langer Kessel zum Erwärmen der Blöcke, ein Schrägwalzwerk und zwei Pilgerwalzwerke. Die Kessel werden mit Hochfengas geheizt. Der heiße Block wird hydraulisch aus dem Ofen gezogen, gelangt über einen Rollgang und Hebetisch in das Schrägwalzwerk, das zwei schräg nebeneinander liegende Walzen hat. Durch die eigenartige Form der Walzen wird der zwischen ihnen unter starkem Druck durchlaufende Rundblock in einen Hohlblock, d. i. ein kurzes Rohr mit starker Wandung, umgeformt. Noch in derselben Hitze wird dieser durch einen elektrisch angetriebenen Transportwagen in das Pilgerwalzwerk gebracht, dort auf einen Stahlhorn aufgeschoben, und auf diesem wird durch schlagartiges Arbeiten zweier übereinander liegender Walzen der kurze starkwandige Hohlblock zu einem 12—15 Meter langen dünnwandigen Rohr gestreckt. Die schlagartige Wirkung der Walzen hat ihren Grund darin, daß die Walzen zur Hälfte ihres Umfanges ausgespart sind und nur mit dem halben Umfang arbeiten. Dabei ist die Drehrichtung entgegengesetzt zur Einführungsseite. Der Block wird um das Maß der Arbeitslänge der Walzen zurückgetrieben und dann freigegeben, sowie die Ausparung der Walzen herankommt. Durch Preßluft wird der Block wieder vorgeschoben, aufs neue von den Walzen erfaßt, um weiter bearbeitet zu werden. Da der Vorschub jedesmal um das neuzustreckende Stück von 10—15 Millimeter größer ist, hat der Vorgang Ähnlichkeit mit den Schritten der Echternacher Pilger, daher der Name Pilgerwalzwerk.

b) **Adjustage.** Nach dem Walzen wandern die Röhren in drei Adjustagehallen von je 300 Meter Länge und zusammen 80 Meter Breite, die mit 15 Transportkränen ausgerüstet sind. Nachdem hier die Enden mittels sehr schnell laufenden Kreisägen abgeschnitten, läßt man die Röhren auf Kühlrosten kalt werden. Dann werden sie genau gerade gerichtet, sorgfältig auf Fehler nachgesehen und mit 100 Atm. Wasserdruck auf Dichtigkeit geprüft.

Ein Teil der Röhren wird auf 35 Spezialdrehbänken mit Gewinden an den Enden versehen, vermittlels welcher sie zusammengeschraubt werden und Verwendung bei Ölbohrungen finden. An dem anderen Teil wurde das beim Walzen zurückbleibende dicke Rohrende, Pilgerkopf genannt, nicht abgeschnitten. Dieses wird auf drei starken hydraulischen Pressen in Blühhöhe zu einem becherförmigen Kopf umgepreßt, dessen innerer Durch-

messer um mehrere Millimeter größer ist, als das in ihn eingesteckte glatte Ende des nächsten Rohres. Der Zwischenraum wird an der Verwendungsstelle mit Blei dicht ausgefüllt und in dieser Weise lange Erdleitungen hergestellt zum Fortleiten von Gas und Wasser. Zum Schutz gegen Rost werden die Röhren vor dem Versand mit einem mehrere Millimeter starken Asphaltüberzug versehen durch Eintauchen in ein 15 Meter langes Leerbild und nachfolgender Umwicklung mit Jutestreifen, die mit Asphalt durchtränkt sind. — In jede Halle mündet ein Eisenbahngleis für die Verladung der fertiggestellten Röhren.

c) Die mechanische Werkstatt ist ausgerüstet mit 30 Arbeitsmaschinen aller Art und dient zur Ausführung von Reparaturen und zur Bearbeitung der notwendigen Walzen und Dorne.

Kraftversorgung. Der Antrieb der Walzwerke, Arbeitsmaschinen und Walzwerke erfolgt durch elektrische Kraft. Die Antriebsmotoren der Walzwerke haben die gewaltige Stärke von 2000—7000 Pferdekraften. Im ganzen sind mehr als 200 Motoren für den Antrieb aufgestellt. Als Stromquelle dient die Turbinenzentrale des alten Bochumer Werkes. Der dort erzeugte Drehstrom von 5000 Volt Spannung wird zugeleitet durch mehrere Kabel, die in einem 2½ Kilometer langen begehbaren Kanal offen in Mauerflügel verlegt sind. Die Umformung und Verteilung des elektrischen Stromes erfolgt durch eine große Schaltanlage in einem fünfstöckigen Schalthaus mit Umformerraum, die mit allen denkbaren Sicherheitsvorrichtungen für Betrieb und Bedienung versehen ist.

Das notwendige Preßwasser von 100 Atm. wird durch drei Hochdruckpumpen in Verbindung mit einem Akkumulator erzeugt.

Für die Erzeugung der Preßluft von 7 Atm. Druck stehen zwei elektrisch angetriebene Stufenkompressoren zur Verfügung.

Die in großer Menge erforderliche Betriebs- und Kühlwasser wird der beim Werk vorbeiführenden Leitung des kommunalen Lechbades Wasserwerkes in Bochum entnommen. Das gebrauchte Wasser wird gesammelt und in einer Kläranlage wieder nutzbar gemacht. Ergänzt wird es durch das aufgefangene Regenwasser, dessen Menge bei 80 000 Quadratmeter Dachfläche recht bedeutend ist.

Brennstoffversorgung. Wie bereits oben gesagt, werden unter gänzlicher Ausschaltung von Kohle die Siemens-Martin-Öfen durch ein Gemisch von Koks- und Hochfengas geheizt, die Öfen des Röhrenwalzwerkes mit reinem Hochfengas. Letzteres kommt vom Hochfengaswerk des Bochumer Vereins in einer 2,6 Kilometer langen und 1,6 Meter im Durchmesser haltenden Leitung, die oberirdisch auf Gitterträgern verlegt ist. Daneben liegt die 800 Millimeter weite Leitung, die das Koks- und Hochfengas von der Kokerei der benachbarten Zeche „Karolinerglück“ herabbringt. Zur Aufspeicherung der Gase und zum Druckausgleich ist in jede Leitung ein Gasometer von 100 000 Kubikmeter Inhalt und 70 Meter Höhe eingeschaltet.

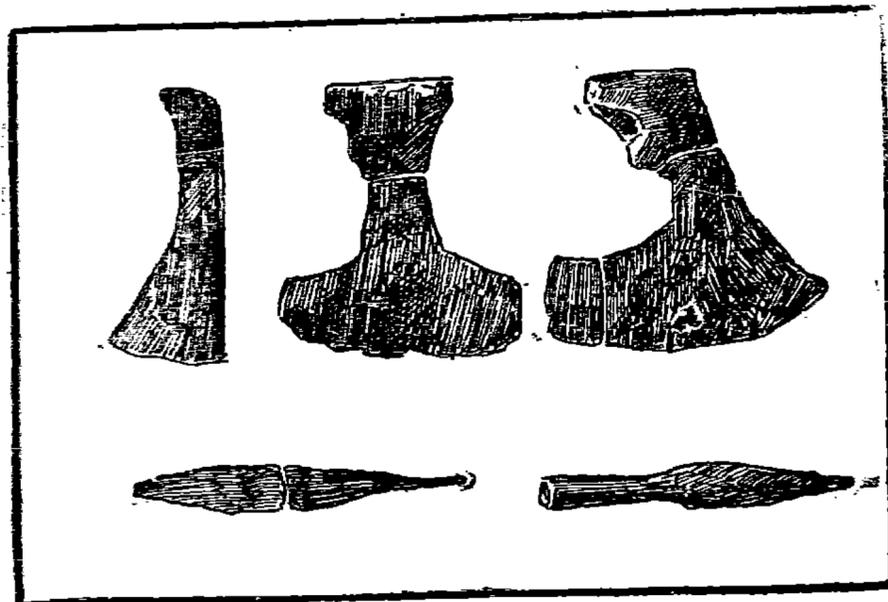
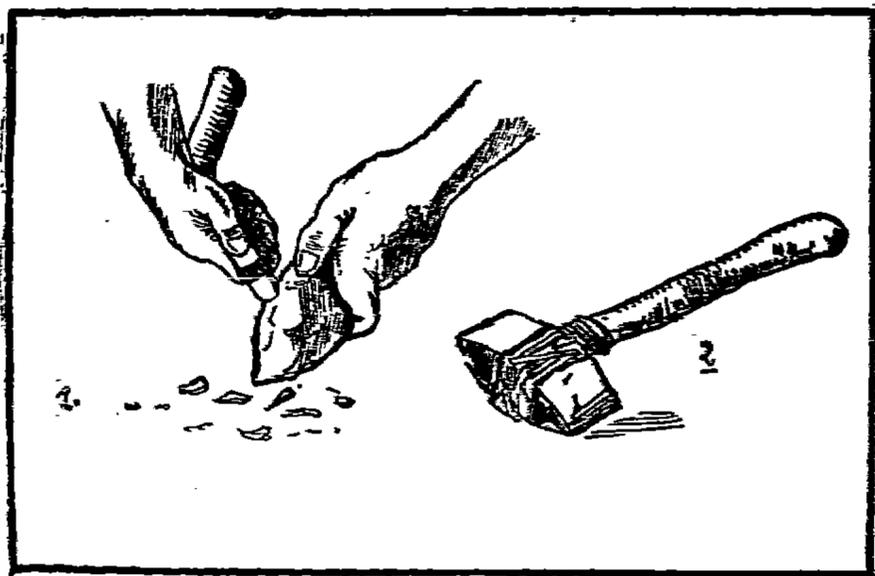
Der Bochumer Verein hat mit der Höntropfer Anlage ein Musterwerk geschaffen, dessen Erzeugnis nach Qualität und Bearbeitung erstklassig ist. Er ist bestrebt, es durch Ausbau und Verbesserungen auch in Zukunft auf der Höhe zu halten.

A. D.

Wie das erste Werkzeug entstand Der Hammer, das vollkommenste Werkzeug der Menschheit

Wenn wir heute einen Hammer, eine Art, ein Messer oder sonst ein Werkzeug in die Hand nehmen, dann kommen uns diese Dinge so selbstverständlich vor, daß wir uns kaum vorstellen können, daß es eine Zeit in

Der Anfang des Werkzeuges waren teils roh, teils schon sorgfältiger bearbeitete Feuersteinwerkzeuge. Meist besitzen diese Werkzeuge eine breitere rundere Fläche für die Hand, die sie führte, und eine Spitze oder scharfe Kante als Hiebfläche. Der Feuerstein ist ein sehr hartes Gestein, das meist von weither gebracht oder geholt werden mußte. Wahrscheinlich war der Feuerstein in grauer Vorzeit schon ein wichtiges, wenn für unsere Gegend nicht das erste Handelsobjekt. Mit der Zeit lernte der Steinzeitmensch sein Werkzeug sorgfältiger zu bearbeiten. Unsere Museen verwahren zum Teil sehr sorgfältig polierte und geschliffene Aexte und Faustel.



Streitaxte, Dolchmesser und Lanzenspitze aus merowingischer Zeit.
(500 nach Chr. Geb.)

Unser Bild 1 zeigt, wie ein solches Feuersteinwerkzeug hergestellt wurde. In mühseliger Arbeit wurde mit einem scharfen Knochen oder

1. Bearbeitung eines Feuersteines zu einem Werkzeug. 2. Feuersteinart.
der Menschheitsgeschichte gab, in der diese einfachen Werkzeuge nicht bestanden. Kaum 2000 Jahre sind vergangen, als die Menschen — wenigstens in unserer nördlichen Gegend das Metall erst kennen lernten. Jahrtausende oder Jahrtausende lang mußten sich unsere Vorfahren zur Verteidigung oder zur Jagd zum Höhlen- und Hüttenbau ganz einfacher, oft sehr roh bearbeiteter Steinwerkzeuge bedienen. Die Wissenschaft nennt diese Zeit die Steinzeit. Unser Wissen aus jenen Epochen ist nur sehr gering, und doch hat der Spaten des Forschers uns schon manch kostbare Zeugen aus der primitivsten Zeit der Menschheit ergraben. Diese Funde sind in unseren Museen gesammelt und werden sorgfältig behütet.

mit einem kleineren Feuersteinsplitter Stücker auf Stücker von dem rohen Stein losgelöst, bis dieser endlich die gewünschte Form bekam. Auf demselben Bilde sehen wir eine Feuersteinart, wie sie zur Steinzeit von den alten Germanen oft verwandt wurde.

Ein sehr wichtiges Material für die Werkzeuganfertigung stellte auch der Knochen dar. Der splitternde Knochen zeigte dem Menschen scharfe Keulen und Ecken, die er an Felswänden nachschliff und so ein wichtiges, messerähnliches Werkzeug bekam. Mit solchen primitiven Werkzeugen stellte der damalige Mensch dem Renntier, dem Ur und dem Mammut nach, er verteidigte sich damit gegen den gefährlichen Höhlenbären und fällt Bäume und Sträucher zum Hüttenbau. Das mag so tausende Jahre gedauert haben. Dann lernte der Mensch es, das Wild der Heide zu zähmen, er legte sich Herden zu, mit denen er zunächst noch hin und herwanderte, nomadiserte, schließlich lernte er den Boden zu bearbeiten,

Muscheln oder flache Steinplatten mögen seine ersten Spaten gewesen sein.

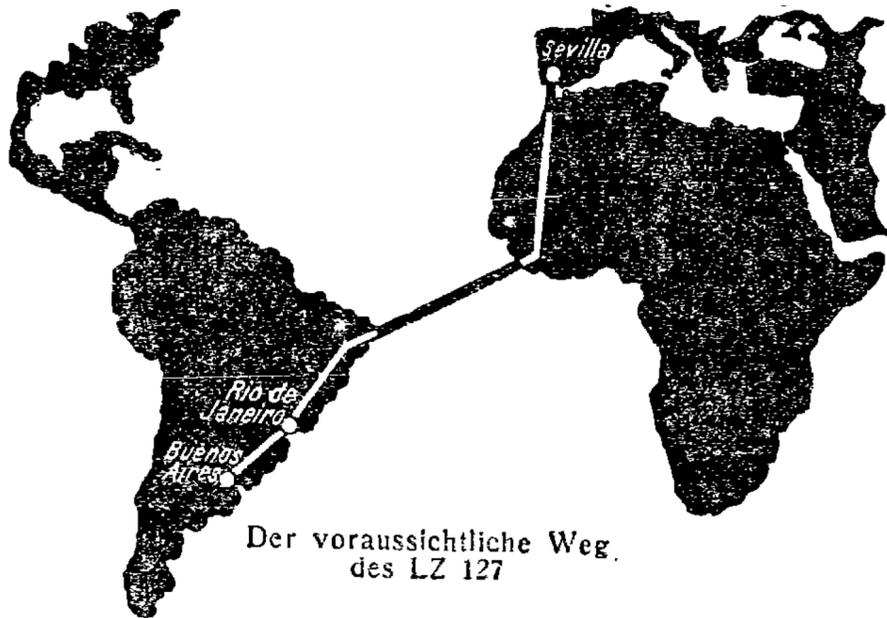
Da rückte denn langsam eine bessere Zeit heran; von Süden her breiteten sich metallene Werkzeuge über Nordeuropa aus, die Bronzezeit begann. Mit ihr bekamen die Werkzeuge ein ganz anderes Aussehen, nämlich ihr heutiges, denn Aexte und Schlagwerkzeuge, Messer, Hieb- und Stichwaffen haben seit beinahe 2000 Jahren ihre Form kaum geändert. So sehen unsere heutigen Aexte und Beile den Streitarten aus merovingischer Zeit, von denen wir einige im Bilde 2 zeigen, vollständig ähnlich.

Das einzige Werkzeug, das seine Form grundlegend überhaupt nicht änderte, war der Hammer. Mit ihm hatte der Mensch ein Werkzeug geschaffen, das in genau der gleichen Form heute im Zeitalter des Auto und der Flugmaschinen gebraucht wird, wie es der Mensch der Steinzeit auch handhabte.

S. M.

Europa—Amerika in 52 Stunden Maybachmotore und deutsche Maschinenschlosser

Als am 12. Oktober 1925 LZ 3 die Friedrichshafener Werft zum letzten Male verließ, um den großen Flug über den Ozean anzutreten, da wußte man noch nicht, was aus dem Luftschiffbau werden würde. Aber Eingeweihte wußten, daß die Zeppelinwerft weiterbestehen und bald die Geburtsstätte eines neuen Luftschiffs sein würde.



Der voraussichtliche Weg des LZ 127

Kaum anderthalb Jahre sind vergangen, da herrscht in den Laboratorien und Werkstätten am Bodensee wieder Hochbetrieb. Mit 4 Millionen Mark wird ein neues Luftschiff mit der deutschen Bezeichnung LZ 127 gebaut, und zwar mit 2,6 Millionen Mark aus dem Erträgnis der Zeppelin-Götsche-Spende, während der Rest von anderer Seite aufgebracht wird. Viele technische Neuheiten wird der Riesenbau aufweisen.

Während die Gondel des LZ 3 nur knapp 25 Passagiere und die Besatzung aufnahm, sind die Abmessungen des Neubaus so, daß in dem geräumigen Passagierraum 30 Personen bequem Platz haben werden. Aber neben Konstruktionsverbesserungen wird LZ 127, so schreibt Eisert in „Hacht. Illustrierte“, etwa 50 Prozent größer gebaut als LZ 3, das schon immer als ein Vorgänger einer Reihe von gewaltigen Luftkreuzern anzusprechen war. Die Gaszellen des neuen Zeppelinkreuzers werden etwa 100 000 Kubikmeter Gas aufnehmen, während fünf neuartig konstruierte Motoren dem Luftschiff eine Durchschnittsgeschwindigkeit von rund 150 Stundenkilometern verleihen werden.

Inzwischen sind auch bei den Maybach-Motorenwerken die Versuche mit den Motoren, die mit einem neuartigen Brenngas betrieben werden, abgeschlossen worden, wobei die Ergebnisse außerordentlich zufriedenstellend ausgefallen sind. Es hat sich bei den langen und genauen Versuchen gezeigt, daß die Mischung auch bei längerer Inanspruchnahme

der Motoren einwandfrei ist und die bisher aufgetauchten Befürchtungen, die Motoren könnten sich überhizen, grundlos macht. Das neue Luftschiff wird also schon ein Versuchsluftschiff für diese neuartigen Verbrennungsmotoren sein. Man hofft hiermit außerdem noch einen viel größeren Aktionsradius zu erzielen.

Der neue Luftkreuzer wird mit den modernsten Apparaten der Funktelegraphie, Navigation und nautischen Instrumenten ausgerüstet sein. Bei Stillstand der Motoren soll das Luftschiff in der Lage sein, den Send- und Empfangsbetrieb auf längere Zeit aufrecht zu erhalten. Um den Transatlantik-Verkehr mit Luftschiffen ganz sicher zu gestalten, gehört zum Zukunftsluftverkehr eine weitere Ausgestaltung und Inbetriebnahme der drahtlosen Telegraphie, ihrer wesensverwandten Gebiete und eine großzügig angelegte Befeuerung der Luftschiffhäfen bei Nacht. Besonders wertvoll ist die drahtlose Telegraphie bei Nacht und Nebel zur Einhaltung der Orientierung im gesamten internationalen Luftverkehr. Der neue Transatlantik-Zeppelin soll einem regelmäßigen Verkehr Spanien—Südamerika dienen.

Warum nun wird ein solches Luftschiff in Deutschland gebaut? Mit der Ueberfahrt des LZ 3 haben wir der Welt gezeigt, daß wir noch Ingenieure und Techniker haben, die die erste Stelle im Luftschiffbau einnehmen.

Wir haben auch die Metallarbeiter, die Konstrukteure und Maschinenschlosser usw., die solche äußerst präzisen und soliden Motore zu bauen in der Lage sind. Es zeigt sich gerade bei solchen Arbeiten, wie notwendig ein qualitativ hochstehender Arbeiterstand ist. Denn ohne ihn ist eine Qualitätsindustrie unmöglich.

Die Welt hat gesehen, daß es nur möglich ist, mit Deutschland einen internationalen transatlantischen und transkontinentalen Luftverkehr aufzubauen. Bei allem Fortschritt, den das Flugzeug macht, verbleiben eine große Anzahl Aufgaben dem Luftschiff, die nur dieses zu lösen vermag. Möge dieses neue Luftschiff dazu beitragen, der Welt vor Augen zu führen, daß die ganze Welt ein Wirtschaftsgebiet ist, in welchem jedes Land und jedes Volk seine Aufgaben zu erfüllen hat im Sinne des Ganzen zum Wohle aller. Den Schnellverkehr werden in Zukunft die Luftschiffe ausführen, sowohl für die Beförderung von Menschen sowie hochwertiger Frachten, der Expressverkehr für Einzelpersonen wie für kleine schnell zu befördernde Frachtstücke sei dem Flugzeug vorbehalten. Die Ozeanfahrt LZ 3 hat bewiesen, daß es ohne weiteres möglich ist, einen transozeanischen Luftschiffverkehr zu haben. Die Möglichkeit, die Luftschiffe zu bauen, ist vorhanden. Alles andere sind Kleinigkeiten. Hallen an der amerikanischen Küste und Hallen an der europäischen Küste, dazu die Bauhallen in Friedrichshafen für Neubauten und etwa nötige Ausbesserungen — und die Frage wäre gelöst. Hoffentlich will man mit LZ 127 den schüchternen Versuch machen. Man muß sich nur wundern, daß diese Einrichtungen nicht eher zustande gekommen sind, zum Nachteil der ganzen Welt, nur weil man Deutschland den Ruhm nicht überlassen will. Man schädigt wohl mit dieser Absicht Deutschland, mehr aber noch den Fortschritt der Welt und ihrer Völker!

Aus der Welberter Schlossindustrie, von Meistern und Gesellen

Das Städtchen Welbert im bergischen Lande gelegen, in der Nähe von Elberfeld-Barmen, ist seit alters her bekannt durch seine Schlossindustrie. Sein eigentliches Blühen liegt aber nicht im Mittelalter, sondern zu Beginn der neuen Zeit, etwa um 1600 an, obwohl Welbert auch um 1400 herum schon seine Schlossfabrikation gehabt haben dürfte. Heute ist Welbert einer der Hauptpunkte der deutschen Schlossindustrie überhaupt.

Das älteste Schloss wurde vom Schmied und nicht vom Schlosser gemacht. Das Schmiedehandwerk ist das ältere, es verliert sich in den Anfängen menschlicher Geschichte. Nur aus diesem Alter ist die hohe Entwicklung zu erklären, die durch die reich ornamentierten schmiedeeisernen Tore an den Bauwerken aus den Jahren 1200 bis 1400 dokumentiert wird. Diese werden noch lediglich durch Riegel verschlossen, was als Beweis dafür dienen mag, daß ein Schloss im heutigen Sinne noch unbekannt war. Auch bei den Kulturvölkern des Altertums finden wir kein Schloss. Die Ägypter, deren Kultur wir erst zu ahnen beginnen, verschlossen ihre Türen durch hölzerne Riegel, die in Krampen eingreifen. Im alten Griechenland findet man bei Ausgrabungen Riegel aus Kupfer und Messing, einzig die Römer haben uns einzelne Schlossteile und Schlüssel aus Bronze

und Eisen zurückgelassen. Aus den Fundstücken ist zu entnehmen, daß das altrömische Schloss sich aus dem uralten Holzriegel entwickelt hat. Es ist ein kombiniertes Stech- und Schiebeseßtem. Doch haben die Germanen die Kunst, solch ein Schloss zu bauen, nicht von den Römern übernommen, nur ganz selten findet man an Merkmälern aus dem Jahre 1000 einen Ersatz des Holzriegels aus Eisen. Erst das Jahr 1400 bezeichnet einen Wendepunkt. Damals gehen die Schlosser als Kleinschmiede aus dem Handwerk der Schmiede hervor. Ihre Haupttätigkeit war die Herstellung von Werkzeugen. Doch wurden die Schlosser als vornehmstes Kunstwerk angesehen, das er den Schlossermeister kennzeichnete. So finden wir in den Museen aus dem Jahre 1400 bis 1500 wahre Prachtstücke in überaus künstlerischer Verzierung. Der Titel „Schlosser-Meister“ war ein Ehrentitel.

Die erste unzweifelhafte Erwähnung der Welberter Schlossindustrie findet man am 12. September 1786. Genannt wird da Heinrich Schroers, „Schlosserarbeiter in der Schlossfabrik in Welbert.“ Die Frieskothlen sollen schon früher als „Schlosser- und Schlosser-

Meister" genannt sein (nach Gustav Wilberg). 1705 werden sie in einer Urkunde als Schmiede und Ackerleute erwähnt.

Aus Velberter Kirchenbüchern geht hervor, daß die Stammväter der heutigen Fabriken Schmiede in Velbert waren. So die vom Bruch, Engels, Judick, Maurmann, Nocken und Schulte.

Mohn und Altenfeld, beide Handelsherren, führten nach Angabe der erhaltenen Geschäftsbücher den Schlossereien das Osemundeseisen (siehe vorige Nummer unseres Organs "Von Osemund, Hammerschmieden und Drahtziehen") zu. Es wurde in den Rennfeuern (offene Eisenschmelzwerke) im Sauerlande schon vor 1500 erzeugt. In einem Handbuch der Eisenhüttenkunde heißt es 1828 "das märkische Osemundeseisen steht im Ruf der vorzüglichsten Güte und soll ein weiches und zugleich außerordentlich zähes Eisen liefern." Es ließ sich also zur Verfertigung von Schloßgehäusen ausrecken. Die Verfeinerung des Eisens zu Stäben, Blechen und Stiften geschah im Anschluß an den Osemundhammer mit Schwanz-, Reck-, Band-, Zahn- und Mattenhämmern je nach der Gestalt und Art des zu erreichenden Erzeugnisses.

Um die Jahrhundertwende 1800 war die Velberter Schloßindustrie schon bedeutend, das geht daraus hervor, daß Napoleon 1808 versucht hat, sie nach der andern Rheinseite zu verlegen, was er nicht geplant hätte, wenn es sich um unbedeutende Unternehmen gehandelt hätte. Doch die Velberter blieben ihrer Scholle treu.

Doch war es immer noch Kleinbetriebe. Der Schlossermeister kaufte den Handelsherren Kölver und Berninghaus das Blech nach Maß ab. Wir finden manchmal in den Büchern recht geringe Mengen, die von schmalen Geldbeuteln erzählen. Recht viel Liebe mußte dazu gehören, dem Leben durch rastlose angestrenzte Arbeit das Notwendigste abzurufen. Es wird erzählt, daß ein Schlossermeister sich abends eine Kordel um den dicken Feh band um diese zum Fenster hinausführte. Wer morgens zuerst bei dem Hause vorbei kam, zog daran und rief so den Meister an die Arbeit. Jeder Schlosser hatte als Ausweis der bestandenen Lehr- und Gesellenzeit einen breitgedrückten Daumen. Dieser wurde als Maß benutzt: daher stammt der Ausdruck: 1 Dums gleich 1 Zoll.

Nach den 50er Jahren kam dann die eigentliche Schloßindustrie als Großbetrieb auf. Die Maschine verdrängte den Handbetrieb.

Wie war nun das frühere Verhältnis zwischen Meister und Gesellen, welcher Lohn wurde gezahlt usw.

Eine Lohnfrage im heutigen Sinne war früher unbekannt. Bis zur Einführung des Fabriksystems betrug die Zahl der Gesellen und Lehrlinge nur wenig über die Hälfte der Meisterzahl.

Der Geselle hatte daher die sichere Aussicht, nach einiger Zeit ohne großen Kostenaufwand selbständig zu werden. Er konnte die Zeit der Lohnarbeit als Übergang betrachten. Im allgemeinen arbeiteten Meister, Gesellen und Lehrlinge bis in die 70ziger Jahre hinein und darüber hinaus im besten Einvernehmen. Eine Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis zur Dunkelheit im Sommer und von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends im Winter war die Regel. Nur durch diese lange Arbeitszeit war es möglich, den Lebensunterhalt zu verdienen.

waren gezwungen, sich billige Arbeitskräfte zu halten, um billige Ware liefern zu können. Die Kaufleute aber waren genötigt, die Preise für die Fertigwaren niedrig zu halten, weil sie durch die schwierigen Absatzverhältnisse mit großen Unkosten zu rechnen hatten. Auch die Tatsache, daß bis zum Jahre 1890 in den Gefangenenanstalten des nahe bei Velbert gelegenen Werden und in Siegen Schloßer von Sträflingen hergestellt wurden, trug sehr zur Preisdrückung bei und rief in Velbert allgemeine Unzufriedenheit hervor.



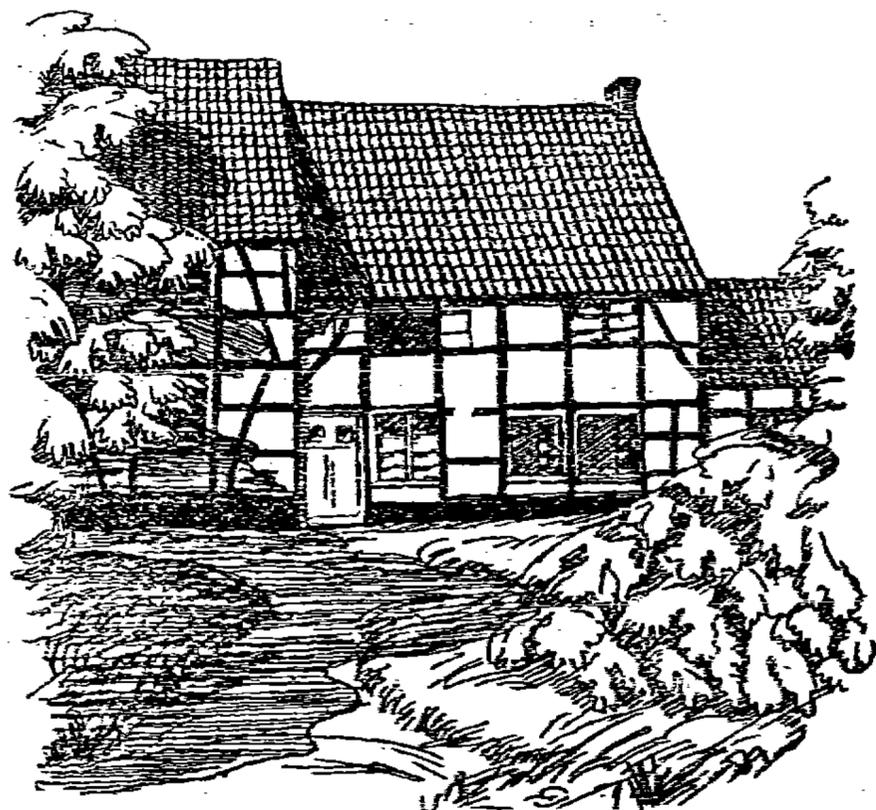
Schlosserei um 1500.

Nach einem Bilde von Jost Amman.

Arbeitseinstellungen der Gesellen im modernen Sinne, um beispielsweise höhere Löhne zu erzielen oder um die lange Arbeitszeit zu verkürzen, waren weniger bekannt. War der Geschäftsgang ein schlechter und wurde der Verdienst zu gering, so griff der Geselle zum Wanderstab. Berechtigte Klagen wurden allerdings laut über das zeitweise vorhandene Lehrlingswesen. Die Meister hielten in der Tat oft zwei bis vier Lehrlinge, so daß von einer die Löhne drückenden „Lehrlingszüchterei“ gesprochen werden muß. Das besserte sich etwas, als im Jahre 1872 die Schlosser- und Gelbgießerinnung gegründet wurde, die Ordnung in das Gesellen- und Lehrlingswesen brachte. „Verhältnisse wie früher,“ — so heißt es in einem Bürgermeisterbericht vom Jahre 1862 — „daß Lehrlinge ihrer Lehrer entließen und durch selbständiges Arbeiten die Preise drückten, gehören seitdem zu den Ausnahmen.“

Montags wurde gewöhnlich „blau“ gemacht. Der Meister ging dann „ins Dorf“, um seine Schloßer abzuliefern, oder auch, um Material einzukaufen. Der Kaufmann oder der Kommissionär besaß häufig einen Laden und oft auch eine Schaupfandwirtschaft. Es war dann üblich, den für die Schloßer festgesetzten Preis ganz oder teilweise in Waren zu bezahlen (Trockensystem). Nach der Lieferung ging es im blauen Arbeitskittel, über den der Meister gewöhnlich noch eine Jacke gezogen hatte, in die Wirtschaft. In vielen Fällen fand erst hier die Ablieferung statt. In der Wirtschaft trafen sich Meister und Geselle und saßen im besten Einvernehmen zusammen.

Die Verhältnisse in der Velberter Schloßindustrie änderten sich in der Zeit des Übergangs zur kapitalistischen Produktionsweise. Durch das Eindringen des Fabrikbetriebes mit seiner umfassenden Maschinenverwendung und der Heranziehung fremder Arbeiter verlor die Klasse der selbständigen Meister mehr und mehr zugunsten der Klasse der abhängigen Lohnarbeiter an Bedeutung. An die Stelle des Kleinbürgertums kam eine immer größer werdende Arbeitermasse, die dem Stadtbild bald ein ganz anderes Gepräge gab. Viele Schloßer und Schmiede nahmen gut bezahlte Meisterstellen in den Fabriken an, andere bildeten in Verbindung mit den früheren Gesellen den leistungsfähigen, fachlich gut eingearbeiteten Kern der Velberter Industriebevölkerung. Die größere Zahl aber wurde zu Heimarbeitern. Die Heimarbeiter erhielten das Rohmaterial von dem Betrieb und lieferten nach einer gewissen Zeit zu einem bestimmten Preis die Fertigwaren in der Fabrik ab. Dadurch gerieten sie zwar in die Abhängigkeit von einem Fabrikanten, aber sie bewahrten wenigstens den Schein der Selbständigkeit. Es lag auf der Hand, daß der Fabrikant durch Preisdrückerei und andere Mittel mehr und mehr versuchte, diese Arbeiter in die Fabrik zu ziehen. Heute ist die Zahl der Heimarbeiter so gering, daß sie im Velberter Wirtschaftsleben keine wesentliche Rolle spielen.



Alte Velberter Schlosserei. Stammhaus der Firma Nocken.

Die Lebenshaltung war denkbar einfach. Geselle und Lehrling erhielten Kost und Logis im Hause des Meisters. Der Lohn des Gesellen bestand in „Kiezerabenden“. Ein Kiezerabend galt 3 Silbergrößen (1 Egr. = 12 Pf.). Der Lohn des Gesellen war geringer als der in den verwandten Industrien von Remscheid, Herforn usw. Der Grund dafür in erster Linie in der abgeschlossenen Lage Velberts, dann aber auch darin zu suchen sein, daß neben der Schloßindustrie die Weberei anständig war, in der noch geringere Löhne gezahlt wurden. Die Meister

Der Hammer

Jugendchrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 6

Duisburg, 12. März 1927

8. Jahrgang

Arbeiterbanken

Das Betätigungsfeld der christlichen Gewerkschaften hat im Laufe der Zeit mehr und mehr an Ausdehnung gewonnen. Kampf um das Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages, ausreichende Mitwirkung der Versicherten in der sozialen Gesetzgebung und bei der Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, Vertretung und Mitarbeit auf den sonstigen Gebieten des öffentlichen Lebens, insbesondere hinlängliche parlamentarische Wahrung und Geltendmachung berechtigter Forderungen, auskömmliche Durchsetzung im Wirtschaftsleben, — das waren Etappen auf dem Wege zu den heutigen bedeutsamen Positionen, zu denen die Gewerkschaften in Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft vorgeedrungen sind.

In neuerer Zeit heißt es nun für die Arbeitnehmerschaft, bis zu den Wurzeln der Produktion vordringen. Lohn- und Gehaltsempfänger, die 70 Prozent des deutschen Volkes ausmachen, sollen den Produktionsmitteln näher gebracht werden, sollen in den Mitbesitz der Wirtschaft hineinwachsen. Das tiefste Problem der sozialen Frage taucht hier auf. Bei der Lösung der sich hier ergebenden Aufgaben fällt den Arbeiterbanken ein ganz wesentlicher Anteil zu. Sollen unsere jugendlichen Gewerkschaftler dereinst die Führung in unserer Gewerkschaftsbewegung übernehmen, müssen sie jetzt schon in den Stand gesetzt werden, auf den verschiedensten Gebieten der gewerkschaftlichen Praxis mitzuarbeiten. Dann ist geboten, sie auch mit den in Betracht kommenden Einrichtungen fortlaufend vertraut zu machen. Deshalb auch hier einige Ausführungen über Arbeiterbanken. Als Vorbild soll dabei die Deutsche Volksbank dienen, die ja bekanntlich von den christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen wurde, um vornehmlich den Aufgaben einer Arbeiterbank zu dienen.

Arbeiterbanken tragen einen besonderen Charakter. Ihrem Wesen nach haben sie große Aufgaben zu erfüllen. Ihre Betätigung kann nicht der der allgemeinen Banken gleich sein. Soll das Betätigungsgebiet untersucht werden, so tritt in erster Linie hervor die Aufgabe der Verwendung, Nützbarmachung und Sicherstellung der Organisationsgelder. Dann kommt hinzu, die privaten Gelder und die Ersparnisse aus den Kreisen der Arbeitnehmer sicherzustellen. Beide Gruppen von Arbeitnehmerkapitalien, Organisations- und Spargelder, sollen dann „zum volkswirtschaftlich Besten beweglich“ gemacht, sollen dazu verwandt werden, der Arbeitnehmerschaft Einfluß und Geltung im Wirtschaftsleben zu verschaffen. Also nicht nur Geschäfte machen, nicht nur dem Profit nachjagen ist unsere Arbeit, sondern bestimmte soziale Aufgaben sind zu erfüllen.

Da die Arbeiterbanken immer ihre Entstehung Organisationen verdanken, und eigentlich nur auf dem Untergrunde starker Organisationen die Arbeiterbanken erfolgreiche Tätigkeit ausüben vermögen, so wird diese Tätigkeit den Absichten dieser Organisationsbestrebungen angepaßt werden müssen. Sinnlos wären diese Banken, wollten sie nicht den Organisationsbestrebungen dienen. Unmöglich wäre, gegen die wohl-erwogenen Bestrebungen zu arbeiten. Sie haben den Absichten ihrer Träger zu folgen.

Für die Deutsche Volksbank, deren Träger die christlichen Gewerkschaften sind, ergaben sich Weisungen und Richtlinien aus den bedeutsamsten Gewerkschaftstagen der letzten Jahre. Begründet wurde sie, um die wirtschaftlichen Kräfte der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten und der diesen nahestehenden Kreise einheitlich zusammenzufassen und sie einheitlich zur Geltung zu bringen, wie es in dem Beschluß des Essener Gewerkschaftskongresses hieß.

Diesen wirtschaftlichen Kräften mußten auch die Spargelder zugerechnet werden. Bei normaler oder gar bei günstiger Wirtschaftslage hätten diese Spargelder in erster Linie mit die Grundlage für die Arbeiterbank bilden müssen. An den 20 Milliarden Mark Spareinlagen der Vorkriegszeit waren die Arbeitnehmer stark beteiligt. In den Gewerkschaften und in den Genossenschaften hatten die Arbeitnehmer ansehnliche Kapitalien zusammengetragen. So werden auch den Arbeiterbanken namhafte Mittel zugeführt werden können. Es wird dann auch die organisierte Sparkraft, entsprechend der Entschließung der Jubiläumstagung der christlichen Gewerkschaften vom Jahre 1924, mit der organisierten Arbeits- und Konsumkraft darauf hinarbeiten können, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger weitgehend hineinwachsen in Mitbesitz und Mitverwaltung der Wirtschaft.

Wie das geschehen soll, hat sowohl die Herbsttagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes als auch der Gewerkschaftskongress im April v. J. in Dortmund herausgestellt. Unser Ziel wollen wir erreichen durch nachdrücklichste Förderung der Konsum- und Produktivgenossenschaften, durch Zusammenarbeiten mit den nahestehenden Versicherungsgesellschaften, durch Beteiligung an wichtigeren Unternehmungen, durch Kreditgewährung an die Wirtschaft. Der organisierten Sparkraft, dem zusammengeballten Arbeitnehmerkapital wird also eine ganz außergewöhnliche Bedeutung beigemessen. Durch Stärkung und gute Organisation der Sparkraft sowie durch systematische Verwendung des Sparkapitals soll der gleichberechtigten Mitleitung und Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft zugestrebt werden, so entschied der Dortmund Kongress. Durch unausgesetztes Werben und durch Errichtung von Sparannahmestellen der Deutschen Volksbank soll der Sparbetrieb erleichtert werden. Damit waren auch in Dortmund die Weisungen für die praktische Arbeit gegeben.

Diese Feststellungen über die Behandlung der Deutschen Volksbank und der organisierten Sparkraft durch die wichtigsten Gewerkschaftstagen der Nachkriegszeit lassen deutlich die große Bedeutung gerade dieser Arbeiterbank erkennen. Wird den Weisungen Dortmunds entsprechend unausgesetzt für ihre Ideen geworben, wird auch der praktischen Arbeit zur Durchführung des Sparverkehrs allenthalben in der Bewegung volle Aufmerksamkeit zugewendet, so wird unsere Arbeiterbank entsprechend der Bedeutung der hinter ihr stehenden großen Organisationen den Aufgaben Rechnung tragen können, die ihr gestellt sind. Wie durch die unverdrossene, anhaltende Mitarbeit der Besten in der Gewerkschaftsbewegung die verschiedenen Etappen erfolgreich durchschritten werden konnten, so muß durch gleiche Mitarbeit der Deutschen Volksbank für ihre wichtigen Aufgaben der Weg frei gemacht werden. Allenthalben muß Verständnis geweckt werden. Mit der Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Erkenntnisse bei den jugendlichen Gewerkschaftlern muß auch der Sinn für diese Bestrebungen heranreifen. Da das Sparproblem für die Jugendlichen erst recht besondere Beachtung erheischt, so werden auch die dargelegten Gedankengänge über die Deutsche Volksbank bei ihnen auf guten Boden fallen.

H. S.

Denke schon jetzt daran,
Schulentlassene für den Verband zu gewinnen!

Sprüche

*Junges Blut, spar dein Gut,
Armut im Alter wehe tut.
Wer keinen Pfennig achtet,
wird keines Talers Herr.
Viel Fahren und Hasten,
leert Ventel und Kasten.
Halt zu Rat früh und spat!
Sparen macht nüchtern.
Sei Sparsam!*



D. Ludwig Weber †

„Nur auf der religiösen Grundlage, daß der Mensch ein gott-ebenbüdliches Wesen ist und daß darin jeder Mensch dem anderen gleich ist, kann der Wert der menschlichen Persönlichkeit aufrecht-erhalten werden.“

„Die Kirche muß nicht bloß Predigt und Seelsorge, Kirchenzucht und caritative Vereinsbildung als ihre Mittel gebrauchen, sondern sie muß auch an den sozialen Organisationen und Vereinsbildungen, sofern dieselben sich auf christlichen Boden stellen, durch ihre Diener Anteil nehmen und sie ebenso fördern wie beeinflussen.“

Neue Menschen

Vor einiger Zeit hörte ich in einer jungsozialistischen Veranstaltung in Berlin den Professor Dr. Max Adler aus Wien über das Thema sprechen: „Neue Menschen. Grundsätzliches zur sozialistischen Erziehung.“ Darüber will ich meinen Freunden im Christlichen Metallarbeiterverband einiges erzählen. Nicht alles, nur das Interessanteste.

Der Vortragsaal war überfüllt, und das erste, was ich von den „neuen Menschen“ erfuhr, war eine Geduldsprobe. Erst 40 Minuten nach der angegebenen Zeit wurde die Versammlung mit einem Lied eröffnet. Dann sprach Professor Adler. Er befaßte sich mit historischen Betrachtungen viel mehr, als mit den „neuen Menschen“. Und ich bewunderte nur die Ruhe, mit der man dem Redner folgte und sich auch damit einverstanden erklärte, auf eine Diskussion großmütig zu verzichten. —

Und doch hat mir der Vortrag bzw. einige Stellen darin sehr gut gefallen. Nicht weil er arm und dürftig war an neuen Gedanken, sondern weil hier der Professor Max Adler aus Wien eine offizielle Bankrotterklärung für den Sozialismus abgab. Und das kam so. Im Verlauf seines Vortrages kam der Redner auf das Verhalten der Sozialdemokratie in den Jahren vor 1914 und 1918 zu sprechen. Er erklärte ganz offen: „Die Sozialdemokraten waren im Jahre 1914 und 1918 psychologisch und moralisch noch nicht reif! Denn sonst hätten sie nämlich 1914 nicht in den „Bruderkrieg“ ziehen dürfen und hätten sich der politischen Lage im Jahre 1918 ganz anders gewachsen zeigen müssen und hätten ganz andere Früchte ernten müssen aus der Revolution. Das konnten sie aber nicht: weil der Sozialismus moralisch noch nicht reif war!“ Ich habe mich gefreut, endlich einmal von einem geistigen Führer des Sozialismus (für den ich Herrn Professor Max Adler aus Wien doch ansehen darf?) ein so offenes Bekenntnis über die auch heute noch andauernde moralische Unfähigkeit des Sozialismus zu hören. Und nun will man es mit den jungen Sozialisten versuchen. Ob das Experiment gelingen wird? Ob die Jungen schneller moralische Reife erlangen als die Alten, denen es in den letzten 70 bis 80 Jahren nicht gelungen ist? Ich glaube kaum. Ich glaube eher, daß dieses Experiment einen Ausgang nimmt wie das Hornberger Schießen. Professor Adler beurteilte die Stimmung in der Sozialdemokratie ganz richtig wenn er sagt, die Sozialisten seien von ihrem eigentlichen Ziel abgekommen. Man wollte in der Sozialdemokratie heute den Klassenkampf nicht mehr so aufgefaßt wissen, daß die kapitalistische Klasse verschwinden müsse, sondern man wolle sich in der kapitalistischen Gesellschaftsform nur einen etwas besseren Platz erobern! Wenn dem so ist, wenn der Redner die Lage richtig gesehen hat, — dann allerdings glaube ich, werden es die „neuen Menschen“ des Professor Adler auch nicht mehr schaffen. Ja, ich glaube, dann befindet sich der Redner nicht sehr weit entfernt von dem, was man einen utopischen Sozialisten nennt! Denn dann ist doch die ganze Hoffnung des Herrn Professors nicht mehr als eine Utopie. Ein geistiger Ausflug ins schöne Reich der Illusionen. Uebrigens soll die Rückkehr in die reale Welt manchmal mit schmerzlicher Erkenntnis verknüpft sein. Doch ich glaube annehmen zu dürfen, daß der Sozialismus schon mehr als eine solche bittere Erkenntnisprobe hat schlucken müssen und sich mit der Zeit an diese unangenehme Arznei gewöhnt hat.

Neue Menschen? Man macht sie nicht in mehr oder weniger geistreichen Vorträgen, sondern durch die gute Tat. Was uns neue Menschen bringen kann, ist das Christentum. Nur es allein. Gewissensbildung ist das große Wort, das Erlösung schaffen könnte — nicht Klassenkampf! Gewiß sehe auch ich in einer klassenlosen Gesellschaft ein Ideal. Aber ein Ideal, das nicht erreicht werden soll durch Vernichtung einer Klasse, sondern durch die Arbeit, aus Schichten Stände zu machen. Nicht Klassenkampf, sondern Nächstenliebe brauchen wir! Rüttelt die Gewissen auf! Bildet sie im christlichen Geiste und ihr habt die neuen Menschen, die ihr sucht. E. Häusele.

D. Ludwig Weber †

Der 1. Februar 1922 war ein überaus ernster Tag für die Gesamtheit der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, denn an ihm wurden die sterblichen Ueberreste ihres Mitbegründers und langjährigen Führers D. Ludwig Weber zu Grabe getragen. Mit ihm ist der markanteste Bannträger der evangelischen Arbeitervereine-Bewegung dahingegangen. Mit jugendfrischer Begeisterung setzte sich D. Weber für die evangelische Arbeitervereinsache ein, namentlich auf den mancherlei Tagungen der evangelischen Kirche. Sein nimmermüder Geist trieb ihn von Anfang an in die praktische Arbeit. Die Sittlichkeitsbewegung, die Wohnungsnot, der Arbeiterschutz, das Genossenschaftswesen, die Volksbildungsbestrebungen bewegten seine Seele. Und das war bei ihm, dem Manne der Tat, immer die Frage: wie bringe ich das Verständnis für all diese sozialen Arbeitszweige in die Köpfe und Herzen der evangelischen Volksgenossen. Neue Wege mußten gegangen werden. Das führte den rastlosen Mann auf die Idee, „Soziale Kurse“ einzuführen, denen er die Aufgabe zwies, in mehrwöchentlicher Arbeit die Heranbildung befähigter Männer zu Arbeitersekretären durchzuführen. Welcher Segen für die christlich-nationale Arbeiterschaft aus diesen Kursen entsprungen ist, braucht hier nicht besonders bewiesen zu werden. Und wie war es dem alten Vater Weber im Silberhaar eine herzliche Freude, als aus den Reihen der in seinen Kursen ausgebildeten Sekretären heraus die E. v. soziale Schule in Bethel gegründet wurde, die ihn zum 1. Vorsitzenden erkor. Wie hat er noch bei der Eröffnungsfeier der nach Spandau übergesiedelten Schule so begeistert geredet und aufgefordert zur rettenden Tat an den durch den Materialismus vergifteten Volksgenossen.

Aus seinem Büchlein „Lebenserinnerungen“, Sonderdruck aus dem Werke „Wie der Meister aus in den Weinberg rief“, Verlag Rauhes Haus, Hamburg 26, sollen nun einige ganz kurze Auszüge folgen. Wer sich ausführlicher über Webers Lebenswerk unterrichten möchte, der beschaffe sich sein Büchlein.

Weber, der am 2. April 1846 geboren wurde, sagt da von sich: Die ersten Eindrücke von der Notwendigkeit und dem Wesen der christlichen

Liebestätigkeit empfing ich durch meinen Vater und durch meine Mutter. Mein Vater hatte von meiner Großmutter, die ungemein freundlich und hilfsbereit gegen jedermann war, den Trieb des Wohlturns eingepflanzt bekommen. Er hat sein Leben lang, auch unter vieler Aufopferung und Entagung, seinen Mitmenschen gedient. Er nahm mich früh in die Hütten der Armen mit und prägte es mir in die Seele, daß, wenn man es besser habe als andere Leute, man dieses allein Gottes unverdienter Güte verdanke. Er unterstützte sowohl in Büttow wie in Marienwerder, wo er als hoher Gerichtsbeamter tätig war, jede Einrichtung der christlichen Liebe, obgleich meine Mutter nur durch äußerste Sparsamkeit unsern Haushalt aufrechterhalten konnte. Als er von Marienwerder wegging, trauerten ihm die Armen wohl am meisten nach. Meine Mutter hat nach meinen Kindheitserinnerungen auch durch die stille Bewahrung ihrer Dienstmädchen und mit dem Helfen in heruntergekommenen Familien viel gewirkt. . . . Nach meiner Universitätszeit habe ich im Frühjahr 1870 Johann Hinrich Wichern kennengelernt. Wicherns Angesicht hatte ein so klassisches Gepräge, daß der geistig bedeutende, prophetisch veranlagte Mann einem sofort herausleuchtete. Unbergänglich ist mir namentlich ein Bild, als Wichern Bruder des Johannes-Stiftes, die auswärts eine Stellung antreten sollten, mit feierlicher Ansprache und Uebergabe einer Bibel abordnete. Da trat mir der Zusammenhang zwischen einem festen Bibelglauben und einer heldenhaften Liebe verkörpert entgegen. . . . Nach dem Kriege (1870/71) kam ich zunächst in die westfälische Fabrikstadt Hietlohn, in der die Nadelindustrie und andere Eisenindustrie blüht. . . . Ich habe hier an vielen Sterbebetten junger Fabrikarbeiter gestanden, die wesentlich durch den Schnapsgenuß und sonstigen Leichtsinns so früh aufs Sterbebett gekommen waren. . . . In sozialer Beziehung stand ich damals unter dem Eindruck der großartigen Rede von Wichern, die er 1871 zu Berlin gehalten hatte. Damals habe ich auf der Kanzel mit großer Entschiedenheit die Notwendigkeit betont, daß die Besitzenden und Gebildeten sich mehr um das Volk kümmern und wieder einen Zugang suchen müßten zu den Herzen der von der Sozialdemokratie betörten und verheßten Arbeiter. . . . Von Hietlohn kam ich als Pfarrer nach Dellwig im Ruhrthal. Ich war dort Nachfolger von Pastor von Bodelschwingh. Er war bei meiner Einführung zugegen und teilte mir

Neue Löhne für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter

Die wirtschaftliche Lage der handarbeitenden Jugend zu bessern ist eine Aufgabe, an deren Lösung unser Verband seit Jahren arbeitet und gute Erfolge erzielt. Was unsere jungen Kollegen an bezahltem Urlaub, an tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen und an Schutz durch die Betriebsräte besitzen, ist hauptsächlich das Verdienst der gewerkschaftlichen Organisation. Erst durch diesen Zusammenschluß wurde die Arbeiterschaft wirtschaftlich stark und einflußreich, ihr Geschick und das der werktätigen Jugend im Betriebe weitgehend mitzubestimmen. Die unzähligen Verhandlungen und Tarifabschlüsse über Lohn, Arbeitszeit und andere Fragen waren nur möglich durch zähe Gewerkschaftsarbeit. Sie ist und bleibt ein bedeutendes Werkzeug, die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiterjugend zu heben.

Im Bereiche der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie hatten die Gewerkschaften Lohnforderungen gestellt, die in der Spitze zu zwei Fünftel durch Schiedspruch vom 18. Februar 1927 verwirklicht sind. Danach erhalten ab 1. März die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge folgende erhöhte Stundenlöhne:

I. Jugendliche Arbeiter:		II. Lehrlinge:	
über 14 Jahre	15 Pfennig	im 1. Lehrjahr	13 Pfennig
" 15 "	21 "	" 2. "	18 "
" 16 "	27 "	" 3. "	23 "
" 17 "	32 "	" 4. "	27 "
" 18 "	41 "		

Eine gesunde Entlohnung ist eine Anerkennung für die geleistete Arbeit. Und es riecht nach Ausbeutung, holt der Unternehmer mehr aus den jungen Menschen heraus, als diese durch den gezahlten Lohn und die verbleibende Freizeit an Körperkraft ersetzen können. In der Regel ist es heute so, daß der Mensch mit den ihm unterstellten Personen Geschäfte zu machen und aus ihnen Vorteile zu ziehen sucht. Dagegen müssen wir uns persönlich wehren, indem wir den Profitmachern unsere Stirn entgegensetzen und durch die Kraft des Verbandes den Unternehmern gegenüber unsere Menschenrechte erkämpfen. Glauben wir ja nicht, daß wir den Industrieherrn durch schöne Sprüche imponieren; da hilft nur harte Gewerkschaftsarbeit. Opferbringen und der Einsatz der ganzen Person.

Die neue Lohnregelung ist ein Erfolg der gewerkschaftlichen Organisationen bzw. der in ihnen vereinigten Arbeiter. Auch unsere jungen Kollegen haben durch ihre Zugehörigkeit zum Verbandsmitglied am Zustandekommen der jetzigen Löhne. Es ist klar: Je mehr Mitglieder der Verband aus Jugendkreisen besitzt, um so wirksamer kann er die berechtigten Interessen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge vertreten. Unsere jungen Freunde wollen daraus den Schluß ziehen, in den Betrieben, in den Jünglings-, Gesellen- und Arbeitervereinen, sowie durch Teilnahme an den von den Ortsverwaltungen veranstalteten Hausagitationen kräftig für den Gedanken der Selbsthilfe zu werben. Nur, wenn alle sich selbst rühren, zupacken und gewerkschaftlich handeln, gelingt es, unsere wirtschaftlichen Forderungen mit Nachdruck zu erheben und durchzusetzen.

manches aus seiner Erfahrung betreffs der Gemeinde mit. . . . Unter den sozialen Verhältnissen meiner Gemeinde interessierte mich vor allen Dingen die Pflege der kleinen Kinder der Bergleute, die so blaß und skrofulos ausahen, und zweitens die sittliche Bewahrung der heranwachsenden Jugend. . . . Als ich im Jahre 1891 nach M.-Gladbach kam, fand ich hier in der niederrheinischen Fabrikstadt manche Verhältnisse gesunder, als sie in der westfälischen Bauern- und Bergmannstadt gewesen waren. Wenn unsere weiblichen Fabrikarbeiter — etwa 25 000 — so gesittet sind, wie sie es, Gott sei Dank, noch sind, so verdanken wir das im wesentlichen dem Einfluß der Jungfrauenvereine. Und dasselbe gilt bei den männlichen jugendlichen Fabrikarbeitern vom Jünglingsverein. Es sind doch Eindrücke fürs ganze Leben, die hier gewonnen werden. . . . Am zweiten Pfingsttag 1882 entstand in Selsenkirchen der erste Arbeiterverein. . . . Bald bildete sich der Essener Verein, dessen Ehrenmitglied ich seit 1883 bin. Bei dem ersten Jahresfeste im Jahre 1883 habe ich den Festzug durch die Straßen der Stadt mitgemacht und nachher eine Festansprache gehalten. . . . Eine neue Epoche sozialer Arbeit trat mit der Begründung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter hervor, der im Jahre 1894 zu Essen gegründet wurde. . . . Brust machte mir den Eindruck eines intelligenten und tatkräftigen Mannes. . . . Ich habe dann an der Begründung des Vereins teilgenommen. . . . Eine weitere Gewerkschaftsvereinsgründung, an der ich direkt beteiligt war, ist diejenige des Gewerkschaftsvereins der Ziegler im Lippe'schen. . . . Im Jahre 1890 waren die evangelischen Arbeitervereine schon so weit gewachsen, daß wir in Rheinland und Westfalen mindestens 82 Vereine hatten, ferner in Bayern 4, in Sachsen 6, in Schlessen 5, in Hessen, Baden und Pfalz einzelne. . . . Am 6. August 1890 ist dann zu Erfurt der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine unter meinem Vorsitz begründet worden. . . . In der Folge haben wir uns im Gesamtverbande ebenso gegen die Gefahr des Radikalismus wie gegen die uns gewaltig angreifende Reaktion wehren müssen. Freiherr von Stumm hat uns viel Unrecht getan und große Schwierigkeiten, namentlich an höchster Stelle, bereitet. Aber wir haben uns nicht gebeugt und sind im Kampfe Sieger geblieben; das Recht war

Haben Lehrlinge während einer vorübergehenden Betriebsstillegung Anspruch auf ihre Vergütung?

§ 127 R.G.O. Unter Einhaltung der Vorschriften der Stilllegungsverordnung hat die Kl. ihren Betrieb vorübergehend stillgelegt. Die Lehrlinge sind mit nach Hause geschickt und erst nach vier Wochen wieder eingestellt worden. Die Kl. will festgestellt haben, daß die Lehrlinge einen Anspruch auf Vergütung für die vier Wochen nicht haben. . . . In dem Lehrverträge ist die geldliche Leistung der Arbeitgeberin als „Vergütung“ oder als „Entschädigung“ oder als „Beihilfe für die Unterhaltungskosten“ bezeichnet. Aus dem Wortlaut der Vereinbarung geht hervor, daß die Bezahlung der Lehrlinge kein Entgelt für geleistete Arbeit darstellen soll. Sie ist als Zuschuß zu den Lebenshaltungskosten gedacht. Daß die Höhe dieses Beitrages im Tarifvertrag geregelt ist, und daß die Sätze im Laufe der Lehrzeit steigen und im zweiten oder dritten Lehrjahr dem Lohne eines ungelernten Arbeiters von 15 bis 16 Jahren gleichkommen, steht dem nicht entgegen. Zwar leisten die Lehrlinge im weiteren Verlauf der Lehrzeit auch für das Werk nützliche Arbeit, so daß in der Bezahlung teilweise auch ein Entgelt für geleistete Arbeit enthalten ist. Andererseits steigen aber auch die Bedürfnisse der Lehrlinge an Kost und Kleidung mit der Zeit. Daß die Vergütung an die Lehrlinge nur eine Beihilfe zu den Unterhaltungskosten ist, zeigt auch die geschichtliche Entwicklung des Lehrlingswesens. Früher wohnten die Lehrlinge beim Lehrherrn und erhielten von ihm die Kost. Geld bekamen sie nicht für ihre Arbeit. Gewöhnlich mußten sie sogar noch für die Ausbildung ein Lehrgeld zahlen. Die Massenerzeugung der Güter mit Maschinen seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts brachte eine Anhäufung der Arbeitnehmer in den Fabriken mit sich. Dies hatte zur Folge, daß dem Lehrherrn die Aufnahme der großen Zahl der Lehrlinge in seinem Haushalte unmöglich wurde. Die Lehrlinge erhielten deshalb von ihm nicht mehr Kost und Wohnung. Dafür zu sorgen blieb ihren Eltern überlassen. Als Entschädigung dafür zahlte nun aber der Lehrherr eine Beihilfe zum Unterhalt der Lehrlinge. Weil die Vergütung nicht Arbeitslohn, sondern Beihilfe zu den Lebenshaltungskosten ist, kommt es nicht darauf an, ob die Lehrlinge in den vier Wochen Arbeit geleistet haben oder nicht. Nach § 127 R.G.O. und den Lehrverträgen ist der Lehrherr verpflichtet, die Lehrlinge zu beschäftigen und auszubilden. Er kann sie nicht einfach nach Hause schicken, denn sie haben ein Recht auf Arbeit. Daß die Lehrlinge nicht arbeitswillig gewesen seien, behauptet die Kl. nicht. Dann ist sie aber ihnen gegenüber nach § 615 B.G.B. in Verzug geraten und ist nicht berechtigt, die Zahlung zu verweigern. Daran ändert auch die Stilllegung des Betriebes nichts, auch wenn die Stilllegung notwendig war, um das Werk wieder ertragsfähig zu machen. Die Stilllegung entsprang gleichwohl ihrer freien Willensentschließung. Deshalb konnte die Kl. die Lehrlinge nur infolge eines Umstandes nicht beschäftigen, den sie vertreten muß. Von ihrem vertraglichen Recht der Vertragslösung bei Stilllegung hat die Kl. keinen Gebrauch gemacht. Mit Treu und Glauben ist aber nicht zu vereinbaren, daß sie das Betriebsrisiko auf die wirtschaftlich Schwächsten abwälzt. Das geht um so weniger an, als die Lehrlinge, wie oben ausgeführt, ein Recht auf Arbeit haben. (Urt. des L. G. Weimar v. 26. 3. 25, 3. S. 125; abgedr. „Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht“, Heft 2, Febr. 1926.)

auf unserer Seite, und man hat es längst schon an den Stellen, wo wir fünf Jahre in Ungnade waren, eingesehen, daß wir treue Freunde des Deutschen Reiches und zuverlässige Stützen der nationalen Sache sind. . . . Sehr interessierte ich mich von Anfang an für die Arbeiter-Wohnungsfrage und habe seit 30 Jahren auf die verschiedenste Weise sie zu fördern versucht. . . . Zur Anregung des Preussischen Wohnungs-gesetzes, den wir zuerst vom preussischen Staatsministerium gefordert haben, sind unsere Arbeiten doch wohl von Bedeutung gewesen. . . . Ich schließe meine Lebenserinnerungen mit dem Bekenntnis, daß, wenn Gott der Herr mich zuweilen als unwürdiges Werkzeug benutzt hat, um Sachen anzuregen und durchzuführen, ihm allein die Ehre gebührt, und daß, wenn mir meine Fehler und Versäumnisse, Schwächen und Torheiten in der Rückerinnerung vor Augen stehen, ich nur zu bitten habe: „Gott, sei mir Sünder gnädig!“ —

Nun ist der berechte Mund verstummt, die strahlenden Augen sind geschlossen, seinen fleißigen Händen ist die Feder entsunken, nun kann er niemand mehr mit Rat und Tat helfen; die Not und die Schmach unseres Vaterlandes haben sein Herz gebrochen. Ludwigs Webers einziger Sohn schrieb damals u. a.: „In des Vaterlandes Zukunft konnte er fast verzweifeln, die christliche Arbeiterschaft war seine Hoffnung.“

Zeigen wir uns dieser Hoffnung würdig, rechtfertigen wir das Vertrauen, das er in seine christliche Arbeiterschaft setzte! Seine Hoffnung soll und darf nicht vergeblich gewesen sein! Er, der mit allen Fasern seines Herzens die christliche Arbeiterschaft geliebt, der für sie gestritten und gelitten hat, soll uns leuchtendes Vorbild sein. In seine Fußstapfen wollen wir treten und in uns lebendig halten den Geist der Liebe, der Pflichterfüllung und der Ueberzeugungstreue. Denn das ist sicher, wenn jeder von uns an seinem Teil seine Pflicht so treu erfüllt, so mannhaft und furchtlos kämpft für seine Ideale, wie der greise Arbeiterführer, dann dürfen wir hoffnungsfroh in die Zukunft schauen. Drum leuchte uns heute und allezeit Webers Wahlpruch voran: Christlich, national und sozial.

Jugendstimmen

Hindenburg. Unsere Jugendgruppe macht gute Fortschritte. Die regelmäßigen Sitzungen weisen bereits einen durchschnittlichen Besuch von 25 bis 30 Kollegen auf. Die letzte Veranstaltung war besonders stark besucht und mit wertvollen Darbietungen ausgestaltet. Die Teilnehmer sangen gesellige Lieder und erhöhten so wesentlich die Stimmung in der Versammlung. Gewerkschaftssekretär S i a r a sprach über die Bedeutung des Christentums für die Arbeiterschaft. Er verglich die Zustände zur Zeit Christi mit den gegenwärtigen Verhältnissen. Damals hatte das arme Volk die christlichen Lehren ebenso notwendig wie die heutige Arbeiterschaft. Redner ermahnte die jungen Kollegen für die Verwirklichung der Ideale des Christentums siegreich zu kämpfen. Am Ende der Tagung erklärten 20 Teilnehmer ihren Beitritt zum Verbande. Mit einem kernigen Ausruf, in der Werbearbeit eifrig fortzufahren, schloß der Jugendobmann die Versammlung.
E. P.

Was für die Arbeiterschaft in gewerkschaftlicher Hinsicht allgemein gültig ist, gilt auch für das werktätige Volk Schlesiens und Oberschlesiens. Es ist uns bekannt, daß hier die Not groß ist. Daraus ist der Ruf nach vermehrter Staatshilfe verständlich und entschieden zu fordern. Weit sicherer aber ist es, für die Selbsthilfe einzutreten durch den Beitritt zum Christlichen Metallarbeiterverband. Werbt weiter neue Mitglieder! D. K.

Hagen. Am 27. Januar fand die Generalversammlung unserer Jugendgruppe statt. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß die Jugendgruppe im verfloßenen Jahre erfolgreich gearbeitet hat. Neben 8 größeren Jugendversammlungen, die einen guten Besuch aufzuweisen hatten, wurden 35 Schulungsabende abgehalten. Die Vorträge waren gewerkschafts-, wirtschafts- oder berufsbildender Art. An den stattgefundenen Hausagitationen beteiligte sich die Gruppe stets sehr rege, ebenso an der Beschäftigung von industriellen Werken. Die Ferien wurden von einer Anzahl Kollegen zu einer Moselwanderung benutzt. In der anschließenden Ansprache dankte Kollege Brötling allen seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und bat die Anwesenden, auch in diesem Jahre in der Werbearbeit für die christlichen Gewerkschaften nicht zu erlahmen und jede gebotene Gelegenheit zur Weiterbildung zu benutzen. Im zweiten Teil der Generalversammlung galt es, sich von dem nach Erfurt verlegten Gewerkschaftssekretär Kollegen Brötling zu verabschieden. Ein Vertreter der Jugendgruppe dankte dem Scheidenden für das große Interesse, welches er gerade für die Jugendarbeit gezeigt habe, und wünschte ihm in seine neuen Wirkungskreise alles Gute. Dem Kollegen Brötling sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt, daß er der Jugend das notwendige Verständnis entgegengebracht, ihr immer treuer Freund und Berater gewesen ist. Mit kurzen Dankworten erwiderte Kollege Brötling die Ausführungen des Vertreters der Jugend. Nach Erledigung von einigen wichtigen geschäftlichen Mitteilungen folgte der gemütliche Teil. Nachdem noch der Beschluß gefaßt war, die nächste Versammlung am 15. Februar abzuhalten, schloß Gewerkschaftssekretär Kollege Sauerbr en die anregend verlaufene Generalversammlung.
F. B.

Essen. Unsere gewerkschaftliche Jugendbewegung macht gute Fortschritte. Nachdem Hausagitation und Unterrichtskursus glänzend verlaufen sind, fand am 12. Februar auch in Essen-Holsterhausen eine Jugendversammlung statt, in der eine neue Jugendsektion gegründet wurde. Eine Anzahl von jungen Kollegen war erschienen. Von den älteren Mitgliedern waren die Kollegen H e n k e n h e r m und K r u g zugegen. Es folgte ein Experimentvortrag, betitelt „Das Gewitter“. Zunächst wurden die Ursachen des Gewitters behandelt. Sie zu entdecken verursachte den Forschern Mühe und nicht geringe Gefahren. Nachdem einige Männer sich vergeblich bemüht und einer von ihnen vom Blitz erschlagen wurde, gelang es 1752 B. Franklin den Blisableiter zu erfinden. Zwei praktische Versuche zeigten die Wirkung der Elektrizität mit und ohne Blisableiter. Redner verglich Blitz und Donner in der Natur mit den Schicksalsschlägen im wirtschaftlichen Leben, worunter besonders die unteren Schichten leiden. Dagegen sich zu wehren ist das beste Mittel die gewerkschaftliche Organisation. Es setzte nun eine lebhafteste Diskussion ein, in der noch manches Wissenswertes ausgetauscht wurde. Darauf wurde ein Jugendvorstand gewählt. Kollege Krug ermahnte zu fleißiger Jugendarbeit. Ein frohliches Lied sowie das Schlußwort bildeten den Abschluß der gut verlaufenen Gründungsversammlung.
Adolf Mirbach.

Briefkasten

Sehr. D. in W. Warum denn so schüchtern, ich gebe dir gerne Antwort, dafür bin ich doch da. Also merke: Nur die offenen, die weißen Felder werden beim Kreuzworträtsel mit je einem Buchstaben angefüllt. Die gefüllten, also die schwarzen Felder bleiben frei. Da wo eine Ziffer steht, beginnt ein neues Wort. Aus der beigefügten Angabe der Bedeutung der Wörter erkennst du, ob das Wort in einer waagerechten oder senkrechten Reihe steht. Die Buchstaben der gefundenen Wortes müssen die ganze Reihe der weißen Felder, also bis zum nächsten schwarzen Feld ausfüllen. Ob die Umlaute ä, ö, ü, die Doppellaute ei, au, ai, eu, ch, ck als einzelne Buchstaben anzuzählen sind, sagt gewöhnlich eine Bemerkung. Johann B. in D. Du hast das Gedicht von Busch „Verlust der Achnadler“ nicht verstanden? — Dem Junkern und Landknecht ist es bekannt, daß die Bienen keinen Trunkenbold, überhaupt keinen Menschen, der nach Alkohol „duftet“, ertragen können. Busch sagt: „Gleich ziehen sie den Etaschel blank“, d. h. die Bienen zerstechen den betreffenden Menschen nach allen

Regeln der Kunst. Ich beobachtete einmal folgendes: Ein Gärtner arbeitete schon wochenlang in der Nähe eines Bienenstandes, ohne von den fleißigen Bienen im geringsten belästigt zu werden; als er nun an einem Sonntag eine Festlichkeit mitgemacht hatte, duldeten die Bienen am Montag den „duftenden“ (keineswegs betrunkenen) Gärtner nicht mit in der Nähe ihres Standes, sondern immer mehr Bienen kamen hinzu und vertrieben ihn in einen entfernten Teil des Gartens, und ließen ihn den ganzen Tag nicht mehr in die Nähe ihres Standes. F. B. in Hagen. Du fragst, ob es richtig sei, daß die ganze Raft (Verstand?) bei Menschen mit starkem Haarwuchs in die Haare schießt? — Ich höre schon das Kampfgeschrei: Hie Bubikopf, hie langer Pops! Vorher mußt du mir sagen, welche Personen dir vorschweben: a) ob männlich oder weiblich? b) ob dunkel oder hell? c) ob wollhaarig, büchelhaarig, bließhaarig, schlichthaarig, straff- oder lockenhaarig? Wenn der Volksmund sagt: „Lange Haare — kurzer Verstand“, so rate ich dir, dieses Wort nicht in „passender“ Gesellschaft zu sagen, du könntest sonst die Stärke des „schwachen“ Geschlechtes unliebsam zu spüren bekommen. Franz A., Godesberg. Du schickst mir eine fleißige Arbeit die ich lobend anerkenne. Aber das Kreuzworträtsel ist für den beschränkten Mann, der mir zur Verfügung steht, zu groß. Ich will einmal zusehen, ob ich das Mag'we Quadrat und das Diamanträtsel gelegentlich mitnehmen kann. Anton M., Obg., Banheimerstr. Eine ungeheuer fleißige und interessante Zahlenaufgabe. Die Zahlen von 1 bis 144 bringst du in ein Quadrat von 144 Feldern (12x12), so daß die Summe in jeder senkrechten und waagerechten Reihe sowie in jeder der beiden diagonalen Reihen jedesmal 870 ergibt. Du hast dir große Mühe gemacht. Wer versucht einmal die Lösung? Gehen genügend Lösungen ein, so wird die richtige Lösung hier gedruckt. An Alle. Der Artikel „Haben Lehrlinge während einer vorübergehenden Betriebsstilllegung Anspruch auf ihre Vergütung?“ deckt sich nach mancher Seite nicht mit unserer Auffassung. Wir wollen später noch einmal auf diese Frage eingehen.

Herzlichen Gruß!

Meister Hammerlein, Duisburg, Stapeltor 17.

Verantwortlich für den Hammer: I. V.: Paul Prodöhl.

Bekanntmachung

Sonntag, den 13. März 1927, ist der zwölfte Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil: Eisenindustrielle Preispolitik und Rationalisierung, S. 161. Gedicht: Vorwärts, S. 162. Internationale Industrieverbände und soziale Reaktion, S. 163. Der Kampf um das Tarifvertrags- und Schlichtungswesen, S. 164. Körper und Arbeit, S. 165. Thünen-Tellow's Kampf für den gerechten Lohn, S. 165. Aus den Betrieben: Das Dr. anisectsein entscheidet bei Alforden, S. 166. Immer stramm und mit Energie, S. 166. Tarif- und Lohnbewegung im Rheinisch-Westfälischen Elektrowerke, S. 167. Der niedrigste Lohn, S. 167. Abschluß des Lohnabkommens für Büromaschinenmechaniker, S. 167. Eine Lohnbewegung auf Kosten der übrigen Belegschaft, S. 167. Verbandsgebiet: Düren, S. 167. Weiden, S. 168. Mettmann, S. 168. Nürnberg, S. 168. — Artikelangabe, S. 168. — Gensemanns Ansage, S. 168.

Wirtschaftslehre: Das modernste Röhrenwalzwerk Europas, S. 169. Wie das erste Werkzeug entstand, S. 170. Europa—Amerika in 52 Stunden, S. 171. Aus der Belberter Schloßindustrie, von Meistern und Gesellen, S. 171.

Der Hammer. Arbeiterbanken, S. 173. Sprüche, S. 173. Neue Menschen, S. 174. Merke dir, S. 174. D. Ludwig Weber f., S. 174. Neue Löhne für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, S. 175. Haben Lehrlinge während einer vorübergehenden Betriebsstilllegung Anspruch auf ihre Vergütung, S. 175. Jugendstimmen: Hindenburg, S. 176. Hagen, S. 176. Essen, S. 176. Briefkasten, S. 176. Bekanntmachung, S. 176.

„Der Deutsche Metallarbeiter“ erscheint wöchentlich Samstags. (Schiffleitung und Geschäftsstelle, Duisburg, Stapeltor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Donnerstags abends 6 Uhr. Zuschriften und Abonementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Anzeigenpreis: Die 4gespaltene Millimeterzeile für Arbeitssuchende 20 Goldsch., für Arbeitsangebote 40 Goldsch. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber. Verlag: Franz Wieber, Duisburg. Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft in d. H. (Echo vom Niederrhein u. G. Köllen), Duisburg.